

Entwurf

Parteiprogramm

Fassung der Geschäftsleitung vom 26. März 2010 an die
Sektionen und die weiteren antragberechtigten Organe

Die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz hat dem hier vorliegenden Entwurf eines neuen Parteiprogramms an ihrer Sitzung vom 26. März 2010 zu Handen des parteiinternen Entscheidungsprozesses zugestimmt. Die Sektionen und die weiteren antragberechtigten Organe der SP Schweiz sind eingeladen, zu diesem Entwurf mit **Frist vom 31. Juli 2010** Anträge zu stellen (bitte per E-Mail an: **programm-antraege@spschweiz.ch**).

Die Geschäftsleitung wird gestützt auf diese Anträge den angemeldeten Parteitags-Delegierten eine überarbeitete Fassung des Parteiprogramms zukommen lassen. Die Parteitags-Delegierten werden zur überarbeiteten Fassung erneut Anträge stellen können. Das letzte Wort hat der Parteitag vom 30./31. Oktober 2010 in Lausanne.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	3
Aufbau und Gliederung	4
I. DIE ZEIT, IN DER WIR LEBEN	5
1. Die Globalisierung regulieren	5
2. Europäische Integration: von der Friedens- zur Sozialunion	8
3. Umbruch in Gesellschaft & Arbeitswelt und Wertewandel	10
II. UNSERE GRUNDWERTE.....	13
1. Freiheit – Gerechtigkeit – Solidarität.....	13
2. Grundziel ist mehr Lebensqualität – Nachhaltigkeit ist der Weg	15
III. UNSERE VISION	17
1. Wirtschaftsdemokratie – unsere Vision.....	17
2. Demokratisierung der Wirtschaft – warum?.....	18
3. Demokratisierung der Wirtschaft – aber wie?.....	20
4. Das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch abkoppeln	24
IV. UNSER WEG.....	25
1. Mit Sozialpolitik unsere Lebensqualität deutlich verbessern	25
a. Den Sozialstaat um die vorsorgende Sozialpolitik ergänzen	25
b. Umverteilung und soziale Sicherheit	27
c. Die Bildungsanstrengungen müssen massiv verstärkt werden	29
2. Für mehr Demokratie und einen wohl geordneten Staat.....	31
a. Die Demokratie weiter entwickeln	31
b. Rechtsstaatlichkeit und föderalistisches Subsidiaritätsprinzip stärken.	32
c. Für eine aktive Integrations- und Nicht-Diskriminierungspolitik	34
3. Für starke staatliche Strukturen in Europa und weltweit.....	35
a. An der europäischen Integration gleichberechtigt mitwirken.....	35
b. Der Beitrag der Schweiz zur Stärkung der globalen Gouvernanz.....	37
c. Für eine solidarische Friedens- und Sicherheitspolitik der Schweiz	39
4. Für eine zukunftsfähige Wirtschaft im Dienste aller Menschen.....	41
a. Für soziale und ökologische Leitplanken der Marktwirtschaft	41
b. Für einen starken Service public	44
c. Das Recht auf Arbeit in einem veränderten Umfeld durchsetzen	45
d. Zukunftstechnologien im Dienste der Menschen fördern.....	47
5. Mit Nachhaltigkeit der Ökonomie Grenzen setzen.....	48
a. Für einen nachhaltigen Umgang mit der Umwelt.....	48
b. Für erneuerbare Energien und eine konsequente Klimapolitik	50
c. Die Nachhaltigkeit der Mobilität erhöhen	50
Schlusswort – auf jeden einzelnen und jede einzelne kommt es an.....	52

Vorwort

Weltweit ist eine tiefgreifende Krise nicht nur von Finanz und Wirtschaft, sondern auch grundlegender politischer Konzepte und Werte zu beobachten. Vor diesem Hintergrund ist auch für die Sozialdemokratische Partei der Schweiz eine umfassende Modernisierung der programmatischen Grundlagen angesagt. Die Erneuerung der Sozialdemokratie ist unverzichtbar, damit wirksames kollektives Handeln zugunsten einer solidarischen und gerechten Gesellschaft auch unter veränderten Bedingungen möglich bleibt. Gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Umbruchs und beschleunigten gesellschaftlichen Wandels braucht es mehr denn je eine starke Sozialdemokratie. Wir setzen uns für soziale Gerechtigkeit und neue Arbeitsplätze ein. Wir wollen eine Schweiz mit gleichen Chancen für alle, anstelle immer neuer Privilegien für einige wenige. Dazu sagen wir gemeinsam JA, JA zum Aufbruch, JA zur Veränderung – so wie das die Sozialdemokratie seit ihrer Gründung im Jahre 1888 als wichtigste progressive Partei der Schweiz stets getan hat.

Ein Parteiprogramm verhält sich zu anderen programmatischen Texten (z. B. Wahlplattformen) wie die Verfassung zu den Gesetzen. Es ist grundsätzlicher, allgemeiner und steht über den Niederungen des politischen Alltags. Sein zeitlicher Horizont ist nicht eine Legislatur, sondern eine Generation. Es muss also «haltbarer» sein und das Fundament liefern für Gebäude, die sich im Laufe der Zeit durch Renovationen verändern. Das ist ein hoher Anspruch, leben wir doch in einer ausgesprochen dynamischen Welt, in der sich in kurzer Zeit vieles verändert. Die meisten Menschen unterliegen einem ständigen Anpassungsdruck. Der höchste Anspruch, der an sie gestellt wird, heisst: «Flexibel sein». In solchen Zeiten, in denen manch tragende Säule wegbriecht, in denen mancher Halt verloren geht und sich manche Gewissheit als Irrtum erweist, greift Orientierungslosigkeit um sich. In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Wie funktioniert sie? Wohin bewegt sie sich? Und was bedeutet das alles für die Sozialdemokratie? Sie muss im Stande sein, die Zeichen der Zeit zu erkennen und richtig zu deuten, um den grösstmöglichen Einfluss auf den Gang der Dinge nehmen zu können.

Die Geschäftsleitung der SP Schweiz freut sich, mit dem vorliegenden Entwurf das Ergebnis umsichtiger Abklärungen und Debatten vorlegen zu können. Den Grundstein für die Erneuerungsarbeit legte der Parteitag in Brig vom 23./24. Oktober 2004. Die erste Etappe des breit angelegten Diskussionsprozesses war der «Klarheit der Analyse» gewidmet. Auf der Basis des in der Partei breit diskutierten Analysepapiers erstellte Hans-Jürg Fehr den ersten Entwurf des hier vorliegenden Parteiprogramms. Ihm sei auch an dieser Stelle für seine grosse Arbeit sehr herzlich gedankt. Die Geschäftsleitung erhofft sich darüber weitere fruchtbare und engagierte Diskussionen mit dem Ziel, am or-

entlichen Parteitag vom 30./31. Oktober 2010 in Lausanne ein modernes Programm verabschieden zu können. Es soll möglichst viele Menschen in unserem Lande dafür begeistern, gemeinsam JA zum Aufbruch und JA zur Veränderung zu sagen und miteinander für soziale Gerechtigkeit einzustehen.

Aufbau und Gliederung

Dieses Parteiprogramm besteht aus vier Teilen. Nach dem Einstieg mit der «Zeit, in der wir leben» folgt Kapitel II zu den zentralen Werten der Sozialdemokratie. Das sind die Fixsterne, nach denen sich die Sozialdemokratie weltweit und seit es sie gibt ausrichtet. Es folgt mit Kapitel III der visionäre Teil, der sich mit dem Kapitalismus, Schritten zu seiner Überwindung und der von uns angestrebten anderen Wirtschaftsordnung beschäftigt. Die Wirtschaftsdemokratie ist als Vision eine Konstante, die sich in allen Programmen der SP Schweiz findet. Wir spinnen diesen Faden weiter und verknüpfen ihn zugleich mit einer Reihe von bereits existierenden Realitäten, welche die kommende Wirtschaftsdemokratie in gewissen Bereichen und auf gewisse Art und Weise vorwegnehmen. Unsere Vision ist also geerdet und hat schon Wurzeln geschlagen.

Mit Kapitel IV «Unser Weg» folgt, wofür die Sozialdemokratie in jenen Politikbereichen einsteht, die unserer Meinung nach die wichtigsten der kommenden Jahre und Jahrzehnte sein werden. Bezugspunkt ist das Hier und Jetzt. Es geht um grössere und kleinere Schritte, wie wir mehr soziale Gerechtigkeit und gleiche Chancen für alle schaffen können, anstelle immer neuer Privilegien für einige wenige. Das braucht Geduld, Ausdauer und die Fähigkeit, die zentralen Grundwerte auch bei der Erarbeitung von Kompromissen und mehrheitsfähigen Lösungen zu wahren und durchzusetzen. Die Sozialdemokratie ist jene Partei, für welche die Gleichzeitigkeit einer visionären und einer lösungsorientierten Politik kein Widerspruch darstellt, sondern Grundlage des täglichen Handelns bildet.

Die einzelnen Kapitel gleichen sich in ihrem Aufbau: Sie beginnen mit einem grundsätzlichen Positionsbezug und enden mit den zentralen Herausforderungen, vor die wir uns gestellt sehen, und wofür wir konkret einstehen. Darin schlägt sich die Quintessenz aus der ersten Phase der Erarbeitung des neuen Parteiprogramms nieder, die «Klarheit in der Analyse» anstrebte. Sie beschreiben den zukünftigen Reformbedarf und benennen die Handlungsfelder für sozialdemokratische Politik. Sie sind in ihrer Mehrheit bewusst allgemein gehalten, weil hier lediglich der programmatische Boden gelegt wird für eine praktische Politik, die daraus entwickelt werden muss. Es geht also nicht um Vollständigkeit und Detailreichtum, sondern um Grundsätze, die über sich hinausweisen und die Leitlinien für das tägliche politische Handeln abgeben können.

I. Die Zeit, in der wir leben

Die Zeit, in der wir leben, ist geprägt durch zwei historisch höchst bedeutsame Entwicklungen ausserhalb der Schweiz, aber mit grösstem Einfluss auf sie: die Globalisierung der Welt und die europäische Integration. Folge ist eine nie dagewesene Beschleunigung des gesellschaftlichen Wandels.

1. Die Globalisierung regulieren

Die Globalisierung der letzten Jahrzehnte versteht sich primär als Öffnung von Märkten – allen voran für Kapital, Waren und Dienstleistungen, kaum aber für Arbeit suchende Menschen. Treibende Kraft für die weltweite Arbeitsteilung ist das Finanzkapital. Dem Bewegungsdrang und der Renditejagd von deren Repräsentanten stehen heute kaum noch Grenzen entgegen. Die wirtschaftliche Globalisierung hat ein Ausmass und eine Dynamik angenommen, die sogar jene des imperialistischen 19. Jahrhunderts übertreffen. Sie wurde durch die neuen Informations- und Kommunikations-Technologien ermöglicht. Sie wurde durch den Übergang der ehemals kommunistischen Staaten Osteuropas und Chinas zu kapitalistischen Marktwirtschaften erleichtert, und sie wurde durch die Regierungen mächtiger westlicher Staaten (USA, GB) bewusst vorangetrieben, die sich ganz der neoliberalen Ideologie des Staatsabbaus und der Marktgläubigkeit mit ihrer unsäglichen Dreifaltigkeit Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung verschrieben hatten. Die Globalisierung der Märkte wird aber auch von Regierungen mächtiger asiatischer Staaten wie China vorangetrieben, die eine autoritäre, undemokratische politische Ordnung mit einer zunehmend kapitalistisch verfassten Wirtschaftsordnung verbinden.

Die Entwicklung zu Weltmärkten bevorzugt international tätige Finanz- und Industriekonzerne, die sich nationalstaatlichen Regulierungen zu entziehen vermögen, ohne sich internationalen unterziehen zu müssen. Globalisierung ist deshalb auch verbunden mit einem enormen Machtzuwachs transnationaler Unternehmen und einem Machtverlust der demokratischen Nationalstaaten. Sie werden in einen Standort- und Steuerwettbewerb getrieben, der im Wesentlichen zulasten des Sozialstaates und zugunsten der besitzenden Klassen geführt wird.

Von der Globalisierung profitieren einzelne Volkswirtschaften, und andere Volkswirtschaften verlieren insgesamt. Und innerhalb jeder Volkswirtschaft gibt es solche, die von der Globalisierung – teilweise masslos – profitieren und solche, die ihre negativen Folgen tragen müssen – selbst in Gewinner-Ländern wie der Schweiz: Betriebe wandern aus, Arbeitsverhältnisse werden

prekär, der Anpassungs- und Leistungsdruck nimmt zu. Viele fürchten, den Anschluss zu verpassen. Die Armut wächst ebenso wie die Kluft zwischen Arm und Reich. Der politische Druck auf den Sozialstaat nimmt zu, geht über in Sozialabbau, und damit werden die gesellschaftlichen Probleme verschärft statt entschärft.

Der globalisierungsbedingte Machtverlust der Nationalstaaten und Wirkungsverlust der Sozialstaaten lässt sich nur kompensieren durch den Aufbau und die Stärkung internationaler staatlicher Institutionen und die Demokratisierung der Gesellschaft. Die Globalisierung eines durchsetzungsfähigen Rechts hat bisher aber bei weitem mit der Globalisierung der Märkte nicht Schritt gehalten; sie hat sich nur dort wirklich weiter entwickelt, wo staatliche Institutionen in den Dienst der ökonomischen Globalisierung gestellt wurden: Welthandelsorganisation WTO, Internationaler Währungsfonds IWF und Weltbank. Die UNO dagegen hat ihren Einfluss nicht wirklich ausdehnen können. Institutionen, die marktlenkend wirken könnten wie die Internationale Arbeitsorganisation IAO fristen weiterhin ein Schattendasein. Nicht viel besser geht es der Weltgesundheitsorganisation WHO oder der Welternährungsorganisation FAO, dem Menschenrechtsrat, dem Entwicklungsprogramm UNDP, der Konferenz für Handel und Entwicklung UNCTAD oder dem Umweltprogramm UNEP. Multilaterale Instrumente zum Klimaschutz wie das Kyoto-Protokoll oder zum Kampf gegen die Armut wie die Millenniums-Entwicklungsziele MDG waren bisher nicht durchsetzbar, eine Welt-Umweltorganisation fehlt gänzlich. Die UNO selbst kommt mit notwendigen Reformen wie dem Umbau des Sicherheitsrates nicht vom Fleck.

Die Globalisierung ist kein Vorgang, den wir prinzipiell ablehnen, denn sie hat viele Gesichter. Es gibt auch – wenn auch noch viel zu wenig – den fairen Handel, der Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern eine Chance bietet. Und es gibt auch Hunderttausende von Arbeitsplätzen in der Schweiz, die sehr direkt und im positiven Sinn von den Weltmärkten profitieren. Immer stellt sich deshalb die Frage, welche Globalisierung gemeint sei – diejenige der Ausbeutung von Mensch und Natur oder diejenige der Solidarität. Was wir nicht akzeptieren, ist die an den Frühkapitalismus des 19. Jahrhunderts erinnernde Variante der wirtschaftlichen Globalisierung, die in den letzten Jahrzehnten unter Führung des Finanzkapitals die Verhältnisse und die Globalisierungsdiskussionen dominiert hat. Was wir ablehnen, ist die kapitalistische Globalisierung, sind die totalen globalen Marktöffnungen, die sich allen staatlichen Regulierungen entziehen und enorme soziale und ökologische Schäden anrichten.

Dennoch halten wir mit Nachdruck fest: Es gibt auch die Globalisierung der Menschenrechte und eine Weiterentwicklung des Völkerrechts zum Weltrecht. Damit erlangen die Menschenrechte weltweite Gültigkeit, was einen grossen

Fortschritt bedeutet, auch wenn wir nicht übersehen, dass Menschenrechtsverletzungen und Verstösse gegen Völkerrecht noch sehr häufig vorkommen. Die Zeit ist aber vorbei, in dem diktatorisch Herrschende unter dem Deckmantel der staatlichen Souveränität unbehelligt von der Völkergemeinschaft Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen konnten. Es gibt die Globalisierung der Kommunikation mit Hilfe des Internets und anderer digitalisierter weltweiter Plattformen. Sie ist wegen ihrer technologisch vielfältigen Anwendbarkeit ambivalent, darf aber nicht nur unter dem Blickwinkel ihrer Anwendung auf den Finanzmärkten beurteilt werden. Die Informations- und Kommunikationstechnologien haben kommunikative, teilweise sogar subversive Qualitäten, die wir positiv beurteilen. Ebenso ambivalent ist die Globalisierung der Kulturen in Verbindung mit diesen neuen Technologien, aber auch als Folge der internationalen Migrationsströme. Wird diese neu gewonnene Freiheit und Durchlässigkeit der Grenzen nicht politisch gestaltet und ausreichend reguliert, so hat sie nicht allein Gewinner, sondern auch Verlierer zur Folge. Und diese können anfällig werden für jene, welche Fremdenfeindlichkeit und Rassismus schüren, um von den anhaltenden sozialen Ungerechtigkeiten abzulenken: Die Wut auf das Fremde tritt dann an die Stelle der Wut auf jene, die sich mit massloser Gier auf Kosten aller anderen bereichern. In der Spirale von Deregulierung und Fremdenhass können sich aber soziale Konflikte mit einem erheblichen Gewaltpotenzial und mit einer erheblichen gesellschaftlichen Sprengkraft aufbauen.

Das 21. Jahrhundert kann zum Jahrhundert erbitterter Verteilungskämpfe, tiefgreifender Naturveränderungen und entfesselter Gewalt werden, dann nämlich, wenn die wirtschaftliche Globalisierung bloss eine weltweite Marktöffnung bleibt und die absehbaren Folgen des Klimawandels nicht gemildert und korrigiert werden. Ein wachsender Teil der Weltbevölkerung leidet bereits an den Folgen der Erderwärmung, unter Wüstenbildung und Wasserknappheit. Menschen aus ökologisch und ökonomisch gefährdeten Regionen drängen darum immer stärker in die weniger gefährdeten Teile der Welt. Den Klimawandel zu begrenzen und aufzuhalten ist eine der zentralen Herausforderungen im 21. Jahrhundert.

Das 21. Jahrhundert kann aber auch ein Jahrhundert des sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Fortschritts für den grössten Teil der Menschheit werden, dann nämlich, wenn es gelingt, die Globalisierung politisch zu gestalten, sie auf Sozial- und Umweltverträglichkeit hin auszurichten, wenn wir es schaffen, ihr den Kampf gegen Hunger, Armut, Seuchen, Analphabetismus und Naturzerstörung zur Aufgabe zu machen. «Frei und gleich an Würde und Rechten», wie es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heisst, soll jeder Mensch sein Leben in Gemeinschaft mit anderen selbst bestimmen können. Wie die nachhaltige Globalisierung gestaltet werden müsste, zeigt das Beispiel der europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg.

2. Europäische Integration: von der Friedens- zur Sozialunion

Die europäische Integration in Gestalt und unter Führung der Europäischen Union (EU) ist neben der Globalisierung für die Schweiz und damit auch für die SP Schweiz die zweite entscheidende Rahmenbedingung für politisches Handeln innerhalb und ausserhalb der Landesgrenzen. Die EU ist zunächst ein Binnenmarkt, aber sie ist eben Entscheidendes mehr, nämlich ein Staatenbund, der diesen Binnenmarkt mit seinen vier Freiheiten des Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs politisch gestaltet. Und sie ist ein Friedenswerk, das in Europa das seit Jahrhunderten bestehende verheerende Kriegsrisiko nahezu auf null reduziert hat. Klar: Auf dem Weg zur Demokratisierung der EU und zur Errichtung einer echten Sozial- und Wirtschaftsunion bleibt viel zu tun, neoliberale Konzepte wirken auch in der EU und auf diese ein. Auch Rückschläge sind möglich. Auf der Weltbühne gibt es aber keinen anderen globalen Player, der so klar für die Menschenrechte und für soziale und ökologische Leitplanken der Globalisierung eintritt wie die EU. Und in keiner anderen Weltregion hat sozialdemokratische Politik so viele Spuren hinterlassen wie in Europa. Gemeint ist damit die Abkehr vom liberalen Kapitalismus im Dienste der besitzenden bürgerlichen Klasse hin zu einer vom demokratischen Staat in den Dienst auch der arbeitenden, lohnabhängigen Bevölkerung gestellten sozialen Marktwirtschaft. Gemeint ist damit das Zeitalter des Wachstums an Wohlstand für alle, an Demokratie, an Service public und an sozialer Gerechtigkeit. An dieses Modell kann und sollte angeknüpft werden, wenn es gilt, die in Gang gekommene Globalisierung auf den Weg der Nachhaltigkeit zu bringen und auf das Ziel der Gerechtigkeit und der Solidarität hin auszurichten.

Die Sozialdemokratie ist seit ihren Anfängen eine international ausgerichtete und organisierte Parteien-Familie. Sie hat dem Nationalismus meist misstraut – zu Recht, wie die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts beweist. Diese erreichte mit den beiden Weltkriegen und der Schoah ihren nationalistisch und rassistisch gesteuerten und befeuerten absoluten Tiefpunkt. Europa erreichte danach aber auch die seit Jahrhunderten längste Phase friedlichen Zusammenlebens, dank der EU als den Nationalismus hinter sich lassende Friedensmacht. Die europäische Integration und die Globalisierung der Welt sind daher transnationale Entwicklungen, die dem Charakter der Sozialdemokratie strategisch entsprechen.

Die ökonomischen, kulturellen und politischen Verflechtungen sind in den letzten Jahrzehnten sehr wichtig geworden und werden zukünftig noch an Bedeutung gewinnen. Die nationale Grenze ist als Rahmen für politisches Handeln löchrig geworden und eignet sich nicht für die Lösung der grossen Probleme mit ihren internationalen Dimensionen: Klimawandel, Migrationsbewegungen, Warenhandel und Kapitalverkehr, Finanzspekulation, Massen-

kommunikation, Kooperationen im Bereich der Wissenschaften, Entwicklungszusammenarbeit, Menschenrechte, Krieg und Frieden. Mehr als je zuvor muss sich sozialdemokratische Politik international orientieren und einbringen.

Dennoch bleibt der Nationalstaat ein zentraler politischer Handlungsraum. Das gilt vor allem für die Schweiz, die noch nicht der Europäischen Union angehört. Sie hat ihre Position als einer der weltweit führenden Finanzplätze, als Land mit Spitzenforschung und Spitzentechnologie, mit hochqualifizierter Arbeitnehmerschaft, als Volkswirtschaft mit extremer Exportorientierung, als Einwanderungsland, als Sozialstaat, als direkte und föderalistische Demokratie im grossen Ganzen behaupten können. Die internationalen Megatrends zeigen sich aber auch in der Schweiz: der grassierende Neoliberalismus, der einer dramatischen Kräfteverschiebung innerhalb des bürgerlichen Lagers zugunsten der nationalkonservativen Rechten Vorschub leistet, wo Verlierer der Unterschicht und vom sozialen Abstieg bedrohte Mittelschichtsangehörige nun ihr Heil suchen; die Rückkehr des Shareholder-Values und der von ihm ausgehenden extremen Renditeorientierung des Kapitals; die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich; der Frontalangriff auf den Sozialstaat; die steigende Zuwanderung und ihre populistische Bewirtschaftung zulasten der SP; auf der anderen Seite die politische Öffnung des Landes nach aussen, sichtbar geworden im UNO-Beitritt und in den bilateralen Verträgen mit der EU.

Die Schweiz ist eines der reichsten Länder mit einer der wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften, einem vielfältigen Bildungssystem, gut ausgebauten sozialen Sicherungssystemen und einer reifen politischen Demokratie geblieben. In diesem Sinne ist sie viel grösser, stärker und einflussreicher, als es ihrer Fläche und Bevölkerungszahl entsprechen würde. Dennoch hat ihre internationale Reputation gelitten und ist ihr Selbstverständnis brüchig geworden. Statt die Öffnung der Märkte und der Grenzen mit einer aktiven Politik der internationalen Mitwirkung und Regulierung zu begleiten, setzte die Schweiz allzu lang auf ein Geschäftsmodell, das in der Unterlaufung des Rechts ihrer Partnerstaaten einen Standortvorteil erblickte. Im Kalten Krieg war diese Rolle international akzeptiert, heute nicht mehr. Die vielbeschworene Unabhängigkeit erweist sich angesichts des alltäglichen «autonomen Nachvollzugs» von europäischem Recht als Mythos. Unser Land isoliert sich unter bürgerlicher Führung zunehmend in Europa und macht sich diejenigen zum Gegner, die seine besten Partner sein könnten und sein sollten. Diese wundern sich im besten Fall, warum die Schweiz abseitssteht, wo neue europäische und internationale Regulierungen erarbeitet werden, und blicken im schlimmsten Fall weg, wenn die Schweiz auf internationale Unterstützung angewiesen wäre. Folge ist eine Häufung aussenpolitischer Misserfolge, welche wiederum den Isolationisten in unserem Lande Auftrieb geben – eine verheerende Spirale, welcher die SP entschieden entgegentreten will.

3. Umbruch in Gesellschaft & Arbeitswelt und Wertewandel

Im Zuge der Globalisierung befindet sich auch unsere Arbeitsgesellschaft in einem tief greifenden Wandel. Das Tempo der Innovationen steigt und die Vielfalt der Beschäftigungsformen nimmt zu. Qualifikation und Wissen werden immer wichtiger. Neue kreative Berufe entstehen. Das traditionelle Normalarbeitsverhältnis – unbefristet und mit geregelten Arbeitszeiten – verliert an Bedeutung. Das Arbeitsleben vieler Menschen ist im Verlaufe ihrer Biografie von einem Wechsel zwischen abhängiger Beschäftigung, Nichterwerbstätigkeit, Phasen der Familienarbeit und Selbstständigkeit bestimmt.

Diese Veränderungen, nicht selten als Zwang erlebt, können Menschen überfordern und ängstigen. Viele fürchten, abgehängt, vernachlässigt oder gar vergessen zu werden, auch von der Politik. Wer gering qualifiziert oder nicht mehr jung ist, wird vom Arbeitsmarkt oft ausgeschlossen. Frauen haben selbst mit den besten Bildungsabschlüssen noch längst nicht den gleichen Zugang zu beruflichem Aufstieg und zu existenzsichernder Arbeit. Wer Arbeit hat, sieht seine Lebensqualität häufig durch steigenden Druck, härtere Konkurrenz und die Anforderung bedroht, immer verfügbar zu sein.

Armut nimmt wieder zu. Nicht jede und jeder kann durch eigene Arbeit den eigenen Lebensunterhalt bestreiten. Besonders betroffen sind Einwandererfamilien und Alleinerziehende. Sie haben hart zu kämpfen, wenn ihre Kinder eine Chance bekommen sollen. Bei langandauernder Armut von Familien steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die heranwachsenden Kinder später ebenfalls arm sind: Armsein vererbt sich, weil der Zugang zu Bildung und sozialem Aufstieg nach wie vor nicht auf Chancengleichheit beruht, sondern von der Herkunft bestimmt wird.

Der Individualisierung und Flexibilisierung der Arbeitswelt folgt ein tiefgreifender Wertewandel auf den Fuss. Die Werte von damals sind nicht mehr die Werte von heute. Traditionelle Werte der 50er-Jahre – Recht und Ordnung, Leistung und Disziplin – und die materiellen Werte der 60er-Jahre – Prosperität, Prestige und Konsum – wurden zur Zielscheibe der sozialen Kämpfe in der 1968er Revolution. Sie forderte das Recht auf Protest und eine eigenständige Jugendkultur, die sexuelle Befreiung und die Frauenemanzipation. In den 70er-Jahren forderten die neuen sozialen Bewegungen und die Alternativkultur postmaterielle Werte ein: Unabhängigkeit, Selbstverwirklichung, Konsumkritik und zivilgesellschaftliche Ethik. Als zentrale fortschrittliche Kraft machte sich die Sozialdemokratie diese neuen Werte jeweils zu eigen und kämpfte für sie, hielt aber bei aller gesellschaftlichen Individualisierung stets an der grundsätzlichen Orientierung am Gemeinwohl fest.

Das in den 50er Jahren zementierte Selbstverständnis auf der Grundlage einer kompakten, in der Heimat verwurzelten Leitkultur löste sich angesichts der

Herausforderungen offener Grenzen und neuer sozialer Risiken allmählich auf. Es wurde von einer bunten Vielfalt und Vielschichtigkeit nebeneinander existierender Leitkulturen abgelöst. Die neuen Mittelschichten vertreten oft andere Werte als jene, die am materiellen Wohlstand kaum teilhaben. Eine Generation folgt auf die andere und nimmt ungern von jenen Werten Abschied, von denen sie seinerzeit geprägt wurde. Dazu gehört nach wie vor das im verklärten Rückblick auf die Krisen- und Kriegszeit konstruierte ältere Selbstbild der Schweiz als widerstandsentschlossenen Schicksalsgemeinschaft, die ihre Werte verteidigt, indem sie die Grenzen schliesst und alles Fremde abwehrt. Dieses Selbstbild hat keinerlei Realitätsbezug mehr zur heutigen Gesellschaft mit ihrer hohen Mobilität, einer bedeutenden Zuwanderung aus allen Weltgegenden und dem durch diese und neue Kommunikationsmittel vermittelten Mix unterschiedlichster Kultureinflüsse.

Bei aller Vielfalt gibt es Hinweise auf eine neue Wertesynthese. Ein hoher Leistungswille und eine hohe Bereitschaft zu gesellschaftlichem Engagement gelten vielen als Fundament eines hohen Selbstnutzens. Die Individualisierung ist nicht länger ein Vorrecht der gesellschaftlichen Eliten. Vielmehr wird die Ansicht breit geteilt, dass jeder und jede auf eigene Weise glücklich werden kann und muss und das Recht besitzt, die Suche nach sich selbst anzutreten. Mobilität gerinnt zum Lebensgefühl; häufige Orts- und Stellenwechsel gehen mit sozialer Mobilität, flexiblen Lebensläufen und Lebensphasen-Partnerschaften einher. Die ganze Welt wird zur Bühne, auf der sich das Individuum zeigt, ja inszeniert. Für immer mehr Menschen ist (Erwerbs-)Arbeit nicht mehr länger eine Last, die es möglichst zu minimieren gilt, sondern im Gegenteil der wichtigste Ort der Sinnstiftung und Selbstverwirklichung. Für diese Gruppe trägt die freiwillige gute Tat zusätzlich zur Selbstentfaltung bei.

Auch auf dem Weg zur Gleichstellung von Frauen und Männern ist unsere Gesellschaft weit vorangekommen. Das Gleichstellungsgesetz von 1995 und das Partnerschaftsgesetz von 2004 bilden bedeutende Meilensteine. Noch ist die alte Rollenverteilung aber nicht überwunden. Rechtliche Gleichheit bedeutet noch keine Gleichstellung. Gerade in Berufs- und Arbeitswelt bestehen alte Benachteiligungen fort. Immer noch ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ganz überwiegend ein Problem der Mütter, verdienen Frauen deutlich weniger als Männer, verlieren Frauen leichter ihre Arbeitsplätze und sind häufiger von Armut bedroht. Frauen machen häufiger die Matura als Männer, sind aber in den Studiengängen mit den besten Berufsaussichten weiterhin stark untervertreten. Zu stark orientieren sich zudem die Gesellschaft und der Gesetzgeber immer noch an einem Familienmodell, das es so in der Realität vielfach nicht gibt. Die Wahlfreiheit bezüglich Lebensmodellen ist endlich zu respektieren.

Die Lebenserwartung steigt. Das ist zu begrüßen. Auf der anderen Seite werden mehr Menschen in hohem Alter, zumal wenn sie allein leben, auf die Hilfe der Gesellschaft angewiesen sein. Gleichzeitig kommen bei uns immer weniger Kinder zur Welt. Dies führt in vielen Bereichen des Alltagslebens zu Veränderungen, von der Arbeitswelt bis zu den Sozialsystemen. Aus ganzen Regionen wandern die wenigen Jungen ab, die Alten bleiben. Wer keine Region aufgeben will, muss den Menschen vor Ort helfen, für ihre Heimat Zukunftsperspektiven zu schaffen. Die Zuwanderung von Menschen im erwerbsfähigen Alter trägt zu wirtschaftlichem Erfolg, der Finanzierung der Sozialwerke und dem Ausgleich der Alterspyramide bei, stellt aber gleichzeitig hohe Anforderungen an die Integrationspolitik.

Auch das Rollenverständnis des Staates unterliegt einem starken Wandel. Der Nachwächter- und Obrigkeitsstaat des 19. Jahrhunderts, der im 20. Jahrhundert vom fürsorglichen, aber weiterhin repressiven Wohlfahrtsstaat abgelöst worden ist, weicht im 21. Jahrhundert einem vielfältig vernetzten Dienstleistungsstaat. Die Entwicklung geht dahin, dass der Staat partnerschaftlich und auf gleicher Augenhöhe mit Bürgern und Bürgerinnen und gesellschaftlichen Organisationen Kooperationen eingeht. Werden staatliche Dienstleistungen als zweckmässig und wirksam eingeschätzt, so gesteht die Bevölkerung dem Staat auch die notwendigen Ressourcen zu. Das neoliberale Dogma einer unaufhaltsamen Privatisierung und Dezentralisierung des Sozialstaats und einer Entwicklung zum Wohlfahrtspluralismus als Alternative zur staatlichen Daseinsvorsorge zielt an den Erwartungen und Bedürfnissen der breiten Bevölkerung ebenso vorbei wie das unsägliche Staatsquoten-Dogma, das die Finanzpolitik des Bundes seit Ende der 90er-Jahre beherrscht.

II. Unsere Grundwerte

1. Freiheit – Gerechtigkeit – Solidarität

Gerechtigkeit ist der zentrale Wert der Sozialdemokratie. Er ist untrennbar mit zwei anderen wichtigen Werten verbunden: Solidarität und Freiheit. Er beruht auf der grundlegenden Überzeugung, dass allen Menschen die gleichen Lebenschancen zustehen sollen. Er gründet aber auch im Wissen, dass die real existierenden Zustände überall, wenn auch nicht überall im gleichen Ausmass, von gerechten Zuständen weit entfernt sind. Die Geschichte der Sozialdemokratie ist die Geschichte des Kampfes um Gerechtigkeit.

Gleichzeitig war die Sozialdemokratie immer Teil einer internationalen Freiheitsbewegung. Seit ihren Anfängen ist sie eine Emanzipationsbewegung der Arbeiterschaft und eine Demokratiebewegung, welche für die Teilhabe aller am Staat kämpft. Sie war es, die in ganz Europa die Ideen der Französischen Revolution und der Revolution von 1848 weiterführte. Demokratiegeschichte ist in Europa von der Geschichte der Sozialdemokratie nicht zu trennen. Sie hat Freiheitsrechte und Demokratie erstritten, das Frauenstimmrecht erkämpft und sich jeder Diktatur und staatlichen oder nichtstaatlichen Unterdrückung widersetzt.

Die ideellen Freiheitsrechte (Gewissens- und Religionsfreiheit, Meinungsäusserungs-, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) sind sowohl sozialdemokratische Errungenschaften als auch solche der bürgerlichen Revolution. Die Sozialdemokratie will diese Freiheiten aber – anders als die Bürgerlichen – auch gegenüber den materiellen Freiheitsrechten verteidigen. Zur Vereinigungsfreiheit gehört auch das Recht auf kollektive Kampfmassnahmen gegen Arbeitgeberwillkür, und die Pressefreiheit muss Vorrang haben gegenüber Verlegerwillkür, auch wenn diese im Gewande der «Wirtschaftsfreiheit» daherkommt. Die materiellen Freiheitsrechte lehnt die Sozialdemokratie nicht einfach ab. Sie dürfen aber nicht als Quelle von Privilegien missbraucht werden, sondern müssen im Dienste aller stehen. Die Wirtschaftsfreiheit darf nicht allein das Privileg jener sein, die über Produktionsmittel verfügen oder selbstständig Erwerbende sind. Vielmehr soll sie zu einem Wirtschaftsbürgerrecht der Arbeitenden fortentwickelt werden, damit diese an der Wirtschaftsfreiheit teilhaben und auf allen Ebenen eines Betriebs oder Unternehmens mitbestimmen können.

Die Sozialdemokratie teilt nicht das bürgerliche Dogma, wonach «jeder seines Glückes eigener Schmied» sei. Was alle Menschen teilen, ist der Wunsch und das Streben nach persönlichem Glück und Wohlergehen, gelingenden Bezie-

hungen, tragfähigen solidarischen Gemeinschaften und Lebensqualität; was sie aber nicht gemeinsam haben, ist die Ausgangsposition, um dieses Ziel zu erreichen. Die Ausgangspositionen liegen vielmehr äusserst weit auseinander. Das gilt innerhalb der eigenen Gesellschaft, es gilt erst recht im internationalen Vergleich. Sozialdemokratische Politik setzt an diesem Punkt an: Dafür sorgen, dass auch Menschen mit schlechter Ausgangsposition auf einen grünen Zweig kommen können und nicht ein Leben lang dort verharren müssen, wo sie der Zufall der Geburt in die Welt gesetzt hat. Darum setzt sich die SP immer und überall für die Benachteiligten ein.

Das Bürgertum hat vom revolutionären Dreigestirn der Aufklärung «Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit» nur die Freiheit zu seinem Projekt gemacht und darunter erst noch vorab die Freiheit der Besitzenden verstanden. Die Sozialdemokratie hat im 20. Jahrhundert mit allen drei Werten ernst gemacht und tut es noch immer. Gleichheit heisst in unserem Verständnis sowohl gleiche Rechte als auch tatsächliche gesellschaftliche Gleichstellung der Individuen. Gleichheit wird damit gleichbedeutend mit Verteilungsgerechtigkeit als Kern der sozialen Gerechtigkeit, und die Rechte auf Arbeit, Bildung, Gesundheit und Existenzsicherung wird vom programmatischen Sozialziel des Staates zu einklagbaren sozialen Grundrechten fortentwickelt. Jeder Mensch soll unabhängig von seinem Geschlecht, seiner Rasse, seiner religiösen und sexuellen Orientierung, seiner Herkunft und Nationalität die gleichen Lebenschancen haben. Gleichheit ist in unserem Verständnis also gerade das Gegenteil von Gleichmacherei; sie ist vielmehr die Voraussetzung dafür, dass sich die Verschiedenartigkeit der Menschen und die Vielfalt der gesellschaftlichen Gruppierungen entfalten können und nicht durch Diskriminierungen behindert werden. Wir beziehen Gleichheit auch auf Freiheit: Nur wenn es in einer Gesellschaft die Gleichheit an Freiheiten gibt, handelt es sich um eine freiheitliche Gesellschaft.

Solidarität ist die wichtigste Handlungsmaxime für die SP. Wir verstehen darunter jede Form von Politik (und auch von persönlichem Verhalten), die auf die möglichst gerechte Verteilung von Gütern, Diensten, Macht, Wohlstand und Lebenschancen auf alle Menschen abzielt. Solidarisches Handeln ist also immer auf den Grundsatz der Verteilungsgerechtigkeit ausgerichtet. Solidarische Politik bedeutet Umverteilung, verstanden als Korrektur von bestehenden ungerechten Verteilungen, als Beseitigung oder Verminderung von Benachteiligungen, als bewusste Parteinahme für die Unterdrückten, Ausgebeuteten, sozial Schwachen und für die Natur. Für die SP gibt es drei zentrale Solidaritäten: Solidarität in der eigenen Gesellschaft, internationale Solidarität und Solidarität mit den Nachgeborenen.

2. Grundziel ist mehr Lebensqualität – Nachhaltigkeit ist der Weg

Das Ziel von sozialdemokratischer Politik heisst: möglichst viel Lebensqualität für möglichst viele Menschen innerhalb und ausserhalb der eigenen Landesgrenzen.

Der Weg zu diesem Ziel heisst Nachhaltigkeit. Sie ist das einzig verantwortbare Grundprinzip politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Handelns im 21. Jahrhundert.

Nachhaltigkeit bedeutet:

- Die Politik von der Idee einer gerechten Gesellschaft her konzipieren, welche die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können.
- Den Vorrang der Langfristigkeit beachten statt den Vorrang der Kurzfristigkeit.
- Der sozialen, ökologischen und volkswirtschaftlichen Logik folgen und nicht der kapitalistisch-betriebswirtschaftlichen.
- Die Geldwirtschaft in den Dienst der Realwirtschaft stellen statt die Realwirtschaft in den krisenhaften Dienst der Geldwirtschaft und des Finanzkapitals.
- Mit Wirtschaftswachstum prioritär den Ressourcenverbrauch senken statt wie heute zu Lasten der Ärmsten und zukünftiger Generationen ständig zu steigern.
- Die Stärke des Rechts über das Recht des Stärkeren stellen.
- Den Vorrang der demokratischen Politik über den Gestaltungsanspruch jener stellen, die immer mehr Lebensbereiche dem Ordnungsprinzip des Marktes unterwerfen wollen.

Die Sozialdemokratie setzt damit den wichtigsten Kontrapunkt zur krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus und zur neoliberalen Revolution, welche seit Anfang der 1990er Jahre zum weltweit dominanten politischen Konzept aufstieg:

- Die neoliberale Revolution entfesselte die Marktkräfte, befreite die Finanzspekulation von allen Beschränkungen und verschärfte die Krisenanfälligkeit. Die Sozialdemokratie setzt demgegenüber auf die ordnende Kraft des Staates, auf starke und verlässliche Regulierungen auf multilateraler, nationaler und regionaler Ebene und auf einen ausgebauten Service public.
- Die neoliberale Revolution verschärfte den internationalen Standortwettbewerb, indem sie wirtschaftspolitisch vorab auf angebotsseitige Massnahmen wie Steuersenkungen, Privatisierungen und Deregulierungen setzte und damit die Nachfrage schwächte. Wer Staatsausgaben senkt und Erwerbseinkommen allein als Kostenfaktor sieht, schwächt die Gesamtnach-

frage. Dies führt dazu, dass das Kapital nicht in erster Linie in der Realwirtschaft, sondern mehrheitlich in hoch spekulativen Finanzanlagen investiert wird. Die Sozialdemokratie setzt demgegenüber auf eine Stärkung einer möglichst breit abgestützten Nachfrage und Kaufkraft. Dies erhöht nicht nur die Lebensqualität breiter Bevölkerungsschichten, sondern ist auch für eine nachhaltige und krisenfeste Wirtschaft unverzichtbar.

Die Sozialdemokratie hat sich immer als Fortschrittspartei verstanden, als Partei, die gesellschaftliche Veränderungen anstrebte, die von der arbeitenden Bevölkerung als Verbesserungen empfunden werden konnten: mehr Wohlstand, mehr Freizeit, mehr soziale Sicherheit, mehr Teilhabe am kulturellen Leben, mehr Demokratie. Veränderungen, die einen Zuwachs an Lebensqualität erzeugen, erachten wir weiterhin als Fortschritt; der Massstab, den wir ansetzen, ist aber differenzierter geworden. Wir bewerten nicht nur die Resultate, sondern auch die Kosten – die sozialen und die ökologischen.

Das Bruttoinlandprodukt (BIP) ist zwar das gängige Mass für wirtschaftliches Wachstum, aber es ist kein Mass für Fortschritt, denn es berücksichtigt weder die Verteilung des Wohlstandes noch den Verbrauch natürlicher Ressourcen. Fortschritt muss am Ziel Lebensqualität und an der Methode Nachhaltigkeit gemessen werden. Tauglichere Fortschrittsmesser als das BIP sind deshalb der «ökologische Fussabdruck», der von der UNO angewendete «Index der menschlichen Entwicklung» HDI oder der von der OECD entwickelte «Echte Fortschrittsindikator» GPI, der aus dem früheren «Index für nachhaltigen wirtschaftlichen Wohlstand» ISEW hervorging.

III. Unsere Vision

1. Wirtschaftsdemokratie – unsere Vision

Was heisst Sozialdemokratie? Albert Steck, Mitgründer der SP Schweiz, beantwortete die Frage vor 120 Jahren so: «Die soziale Demokratie ist die vollständige Volksherrschaft. ... Die vollständige Volksherrschaft kann, neben dem weiteren Ausbau und der Vollendung der politischen Demokratie nur erreicht werden durch die Herrschaft des Volkes auch über die Produktionsmittel seines Landes. Die politische und die ökonomische Volksherrschaft zusammen geben die soziale Demokratie, die Sozialdemokratie, wobei allerdings die politische Seite, die in der heutigen Gesellschaft allein im Vordergrund steht und stehen darf, gegenüber der ungleich bedeutenderen ökonomischen Seite der Volkswirtschaft ziemlich zurückstehen wird.»

Albert Steck forderte die Wirtschaftsdemokratie. Er bezeichnete sie als die bedeutendere im Vergleich mit der politischen Demokratie und verlegte ihre Realisierung dennoch in eine fernere Zukunft. Bei dieser Ausgangsposition ist es bis heute geblieben. Die politische Demokratie wurde weiter ausgebaut (mit der Volksinitiative und dem Frauenstimmrecht), die wirtschaftliche Demokratisierung aber ist ausgeblieben. Gefordert wurde sie von der SP allerdings immer. In jedem Parteiprogramm seit 1888 findet sich die Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft in der einen oder anderen Weise. Im Programm von 1982 erscheint sie in der Formulierung von der notwendigen «Überwindung des Kapitalismus». Näher gerückt ist das Ziel in all den vergangenen Jahrzehnten allerdings nicht; ein wichtiger Versuch – die Mitbestimmungsinitiative der Gewerkschaften – scheiterte an der Urne.

Die SP Schweiz war und ist also eine Partei, die den Kapitalismus nicht als Ende und schon gar nicht als Vollendung der Geschichte akzeptiert. Sie hat immer eine Wirtschaftsordnung ins Auge gefasst, die über den Kapitalismus hinaus geht, ihn überwindet und hinter sich lässt. Sie wusste, dass dieses Ziel in der Ferne liegt, aber sie hat trotzdem an ihm festgehalten. Sie tat es mit dem Blick auf die jeweils herrschenden Verhältnisse, und sie tat es von einer sozialemischen Grundüberzeugung aus. Die SP Schweiz hat eine visionäre Tradition. Die Vision heisst Wirtschaftsdemokratie.

Die Vision «Wirtschaftsdemokratie» im Parteiprogramm fortzuschreiben, ist unverzichtbar. Sie dort parkiert zu wissen, genügt aber nicht. Wir möchten uns der Vision durch praktische Politik nähern. Wir wissen, dass es dafür kein einfaches Rezept gibt, dass nicht per Knopfdruck von Kapitalismus auf Wirtschaftsdemokratie umgeschaltet werden kann. Wir wissen aber auch, dass es

bereits heute Elemente einer demokratischen Wirtschaftsordnung gibt – in der realen Welt und in der Ideenwelt. Wir wollen sie verteidigen und stärken. Wir wollen aber auch neue Elemente erarbeiten und vorschlagen. Wir wollen dafür Mehrheiten gewinnen. Wir wollen uns aufmachen auf den Weg der Demokratisierung der Wirtschaft.

2. Demokratisierung der Wirtschaft – warum?

Die Notwendigkeit, die kapitalistische Wirtschaftsordnung hinter uns zu lassen, ergibt sich zum einen aus dem Primat der Gerechtigkeit als höchstem sozialdemokratischem Wert. Es ist aus dieser Perspektive nicht einzusehen, warum nur die Staatsmacht demokratisiert ist und nicht auch die Wirtschaftsmacht. Es ist nicht einzusehen, warum die Wirtschaftsfreiheiten nur der besitzenden Minderheit zustehen sollen und nicht auch den besitzlosen Mehrheiten. Wir fordern die Gleichheit an Freiheiten als Menschenrechte, die an keine andere Voraussetzung gebunden sind als an das Menschsein. Das muss auch für die Wirtschaftsfreiheiten gelten.

Die Notwendigkeit, die kapitalistische Wirtschaftsordnung hinter uns zu lassen, ergibt sich zum zweiten aus ihren Resultaten nach über 150 Jahren Weltherrschaft. Sie ergibt sich aus der Hinterlassenschaft, in der wir heute leben:

- Die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in extremer Armut, die mit schweren Mängeln an Gesundheit, Sicherheit, Bildung, Behausung, Arbeit verbunden ist.
- Das reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt 40 Prozent des Weltvermögens, die reichsten 10 Prozent besitzen 85 Prozent.
- Die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung erzielt nur gerade 1 Prozent des Einkommens, die besser verdienende Hälfte dagegen 99 Prozent.
- Die Kluft zwischen Reich und Arm öffnet sich immer weiter statt sich zu schliessen: 1960 erzielte weltweit das reichste Fünftel der Menschen ein Pro-Kopf-Einkommen, das 30-mal höher lag als dasjenige des ärmsten Fünftels; im Jahr 2000 war es schon 80-mal so viel.
- 1 Milliarde Menschen sind chronisch unterernährt, 40 Millionen sterben jedes Jahr an Hunger oder den unmittelbaren Folgen. Die Weltlandwirtschaft hätte aber das Potenzial, zwölf Milliarden Menschen so zu ernähren, dass sie keinen Hunger leiden müssen.
- Für 1 Milliarde Menschen gibt es kein sauberes Trinkwasser, Tendenz zunehmend; 2,5 Milliarden leben ohne sanitäre Einrichtungen.
- Der Kapitalismus führte zu einer Machtballung in den Händen von transnational tätigen Unternehmen: Die 500 grössten multinationalen Konzerne

kontrollieren über die Hälfte des Welt-Bruttosozialprodukts. Zu den 100 grössten Wirtschaftseinheiten zählen mehr Konzerne (51) als Staaten (49).

- Der ausbeuterische Umgang mit der Natur, insbesondere mit den fossilen Energieträgern, hat zu einer Erderwärmung und einem Klimawandel geführt, die den Lebensraum Erde existenziell gefährden. Von den Folgen sind die bereits heute benachteiligten Menschen am meisten betroffen, ob- schon sie am wenigsten zur Klimaerwärmung beigetragen haben.
- Die Kapitalbewegungen auf den Finanzmärkten gefährden ganze Volkswirt- schaften. Seit den 90er-Jahren häufen sich in Schwellenländern Währungs- krisen, die ihre Ursache nicht in realwirtschaftlichen Problemen oder wirt- schaftspolitischen Fehlern, sondern in spekulativen Transaktionen haben. Die internationale Finanzspekulation untergräbt die Handlungsfähigkeit der national und regional verfassten Geld- und Fiskalpolitik, verschärfte 2008 die Ernährungskrise und übertrug die Überschuldungskrise auf dem US- Liegenschaftsmarkt in Windeseile auf die gesamte Weltwirtschaft.
- Der Kapitalismus begünstigt die Privatisierung der militärischen Gewalt durch neue Söldnerheere und Terrorgruppen, verbunden mit neuartigen (auch nuklearen) Bedrohungsszenarien.
- Der globalisierte Kapitalismus führt zu einer Regulierung der Politik durch die Wirtschaft, statt dass die demokratische Politik die Wirtschaft regulieren würde. Die Staaten verlieren an Macht, die Demokratie an Boden, das priva- te Streben nach maximalem Profit drängt das Streben nach Gemeinwohl in die Defensive; die Privatisierung öffentlicher Güter wird vorangetrieben. Die autoritäre Wirtschaft gefährdet die politische Demokratie.
- In der kapitalistischen Wirtschaft gibt es grundsätzlich kein Recht auf Arbeit. Die Zahl der Menschen ohne Arbeit oder in prekären Arbeitsverhältnissen ist riesig – sogar in den westlichen Ländern. Wie menschenfeindlich diese Wirtschaftsordnung ist, zeigt sich am Mechanismus ihrer zentralen Institution, der Börse. Sie quittiert Massenentlassungen nur allzu oft mit Kurssprüngen.
- Die inakzeptablen Folgen der kapitalistischen Wirtschaft zeigen sich auch am Beispiel der Schweiz. Sie weist im internationalen Vergleich eine be- sonders ungleiche Verteilung von Vermögen und Einkommen auf. Auch in Bezug auf das Verhältnis der Geschlechter stehen 105 andere Staaten bes- ser als die Schweiz da (UNDP, Bericht über die menschliche Entwicklung, 2009). Ihr Produktionsmodell beruht auf einem unhaltbaren Ressourcen- verschleiss auf Kosten anderer Erdteile und zukünftiger Generationen. Der ökologische Fussabdruck der Schweiz ist mehr als viermal so gross wie ihre Biokapazität. Fast drei Viertel des ökologischen Fussabdrucks sind die Fol- ge unseres Energieverbrauchs, weitere 24 % sind durch den Bedarf an Acker-, Wald- und Weideflächen verursacht.

3. Demokratisierung der Wirtschaft – aber wie?

Kapitalismus heisst: Die Produktionsmittel sind in privatem Besitz. Die Verfügungsgewalt über sie leitet sich ausschliesslich aus dem Kapitalbesitz ab. Das zentrale Ziel wirtschaftlicher Tätigkeit ist die Profitmaximierung. Auf sie sind die Unternehmensentscheide ausgerichtet, ihr werden alle anderen Ziele untergeordnet. Den Kapitalismus überwinden heisst somit:

- Das Privateigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln durch gemeinschaftliches Eigentum ersetzen (staatliches Eigentum, genossenschaftliches Eigentum, Besitz durch Betriebsangehörige u. a. m.).
- Den Produktionsfaktor Arbeit dem Produktionsfaktor Kapital voranstellen und die aus dem Kapitalbesitz abgeleitete Wirtschaftsmacht ersetzen durch die aus Arbeit abgeleitete.
- Die Profitmaximierung als Ziel wirtschaftlicher Tätigkeit ersetzen durch Ziele, die am Gemeinwohl, an den Interessen der Mitarbeitenden, an der gesellschaftlichen Lebensqualität und an der Nachhaltigkeit orientiert sind.

Wer den Kapitalismus überwinden will, stellt sich nicht in Gegensatz zu denen, die ihn lediglich zähmen oder steuern wollen. Beides sind legitime Formen von sozialdemokratischer Politik. Es gibt hier kein Entweder-oder, sondern ein Sowohl-als-auch. Sozialdemokratische Ordnungspolitik war bisher vorab darauf ausgerichtet, dem Kapitalismus durch politisch gesetzte Leitplanken soziale Gerechtigkeit, Lebensqualität, Umweltschutz, Demokratie und Frieden abzurufen. Diese Aufgabe wird uns bleiben, denn es gibt systemimmanent noch viel zu tun.

Wir setzen uns das strategische Ziel «Wirtschaftsdemokratie» zur fundamentalen Zählung der kapitalistischen Marktwirtschaft mit dem Fernziel von deren Überwindung. Damit eröffnen wir ein neues politisches Aktionsfeld mit systemverändernder Perspektive und weiterem zeitlichem Horizont.

Die Demokratisierung der Wirtschaft ist als politischer Prozess zu verstehen und zu praktizieren, der im Hier und Heute ansetzt und evolutionär vorangetrieben werden kann. Demokratisierung der Wirtschaft ist das Gegenmodell zur neoliberalen Marktgläubigkeit: Statt Privatisierung aller privatisierbaren Bereiche meint sie die Demokratisierung aller demokratisierbaren. Dazu gibt es schon in der existierenden Gesellschaft bedeutsame Vorleistungen, an die angeknüpft werden kann.

Dafür steht die SP ein:

1. Service public: Relevante Bereiche und Betriebe der Volkswirtschaft sind ausserhalb der kapitalistischen Logik angesiedelt. Sie haben nicht überrisikoreiche Renditeerwartungen von Investoren zu erfüllen, sondern einen staat-

lich definierten Grundversorgungsauftrag. Das gilt etwa für Unternehmen in den Bereichen Infrastruktur (Eisenbahn, Post, Stromwirtschaft), Kommunikation (Telekommunikation, Radio und Fernsehen) und Versicherungen (obligatorische Gebäude-, Unfall- und Krankenversicherung). Diese Unternehmen sind entweder in gemeinschaftlichem Eigentum oder via Gesetze und Leistungsaufträge unter demokratischer Kontrolle. Eine wirtschaftsdemokratisierende Politik verteidigt den Service public, passt ihn der dynamischen gesellschaftlichen Entwicklung an und versucht, ihn auf weitere geeignete Bereiche auszudehnen.

2. Genossenschaften: Die Genossenschaft ist auf betrieblicher Ebene das Gegenmodell zur Aktiengesellschaft (AG). Sie gründet auf dem demokratischen Grundsatz «ein Mensch, eine Stimme», während die AG auf dem kapitalistischen Grundsatz «ein Anteilschein, eine Stimme» basiert und einen demokratischen Anspruch schon gar nicht erhebt. Genossenschaften haben in der Schweiz eine uralte Tradition im bäuerlichen Bereich mit Ablegern bis in die Gegenwart hinein. Auch die sozialistische Arbeiterbewegung hat eine grosse genossenschaftliche Tradition, insbesondere in den Bereichen Konsum und Wohnungsbau mit Ablegern in die Gegenwart hinein. Im wichtigen volkswirtschaftlichen Sektor Detailhandel spielen genossenschaftlich organisierte Unternehmen eine dominante Rolle (Coop, Migros, Volg); leider schwächte sich hier das genossenschaftliche Element zugunsten der Managerherrschaft ab. Im Finanzwesen (Raiffeisenbank, Mobiliar-Versicherung) und im Wohnungswesen sind Genossenschaften ebenfalls bedeutend und im Verkehr (Mobility) innovativ. Auch ausserhalb der Schweiz gibt es relevante genossenschaftliche Unternehmen: Die meisten europäischen Lebensversicherungen sind Genossenschaften. Genossenschaften gibt es auch im Industriesektor; besonders eindrucksvoll ist der spanische Genossenschaftsverband «Mondragòn», ein multinationaler Industriekonzern und siebtgrösstes Unternehmen des Landes. Genossenschaften sind formell demokratisch organisiert. Sie sind nicht an der Börse kotiert und damit den hier herrschenden Mechanismen, insbesondere der Profitmaximierungs-Logik, entzogen. Der genossenschaftliche Bereich der Volkswirtschaft ist ausbaufähig und prinzipiell geeignet, einen Beitrag zur Demokratisierung der Wirtschaft zu liefern.
3. Mitbestimmung: Die Mitbestimmung der Belegschaften vom Arbeitsplatz über den Betrieb bis zur Unternehmensebene ist ebenfalls ein geeignetes Instrument zur Demokratisierung der Wirtschaft, weil sie einen Teil der Macht im Betrieb den Besitzenden entzieht und auf die Arbeitenden überträgt. Mitbestimmung gibt es in der Schweiz nicht; wir kennen nur die schwächste Form der Beteiligung der Belegschaften am innerbetrieblichen Entscheidungsprozess, die Mitsprache. Etwas weiter geht die Europäische Union. Sie schreibt den internationalen Konzernen mit Sitz in einem EU-

Land Euro-Betriebsräte vor und verpflichtet den Verwaltungsrat, sie im Falle von Massenentlassungen, Betriebsschliessungen oder Auslagerung von Arbeitsplätzen zu informieren und zu konsultieren. Noch einen Schritt weiter ist Deutschland. Es regelt in seinem Betriebsverfassungsgesetz die echte, wenn auch nicht paritätische Mitbestimmung der Betriebsräte. Die Belegschaft ist im Verwaltungsrat vertreten und hat damit nicht nur Einsicht in alle Informationen, sondern nimmt auch Einfluss auf die strategischen Entscheidungen. Die Mitbestimmung, verstanden als Teilnahme der Arbeitenden an den wichtigen Entscheidungen ihrer Firma, gibt es in der Schweiz noch nicht. Wir sehen es als unsere Aufgabe und diejenige der Gewerkschaften an, für immer mehr Mitbestimmungsrechte zu kämpfen.

4. Von der AG zur MAG: Die Idee einer «Mitarbeitergesellschaft» (MAG) stammt vom tschechischen Reformpolitiker und Ökonomen Ota Šik. Das private Eigentum an einer Firma soll schrittweise durch den Aufbau von gemeinschaftlichem Eigentum durch die Belegschaft ergänzt und schliesslich ersetzt werden. Das gemeinschaftliche Kapital entsteht durch die Umwandlung von erwirtschafteten Gewinnanteilen in Aktienkapital, wobei dieses aber nicht in Form von Anteilscheinen den Mitarbeitenden ausgehändigt wird, sondern im kollektiven Besitz der jeweiligen Belegschaft verbleibt, die darüber demokratisch verfügt. Es gibt also keine aussenstehende Mitbesitzende, sondern nur solche, die mitarbeiten.
5. Institutionell gebundenes Kapital der Arbeitnehmenden: Die Pensionskassen verwalten die Spargelder der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie legen an den Kapitalmärkten riesige Vermögen an. In den Stiftungsräten der Pensionskassen sind die Arbeitnehmenden paritätisch vertreten. Sie verfügen damit über ein bisher noch nie da gewesenes wirtschaftliches Machtpotenzial, denn Pensionskassen können sich mittels Beteiligung an Aktienkapital Einfluss auf die strategischen Entscheidungen von Unternehmen verschaffen. Ob damit ein wirtschaftsdemokratischer Gewinn erzielt werden kann, ist allerdings eine offene Frage. Das Interesse der Pensionskassen an möglichst hohen Kapitalrenditen steht ihrem Engagement für andere betriebliche Ziele wie etwa die Erhaltung von Arbeitsplätzen im Wege. Es müssten also Mittel und Wege erst noch gefunden werden, um das Machtpotenzial der Arbeitnehmenden für eine wirtschaftsdemokratische Strategie fruchtbar machen zu können. So könnten und sollten Pensionskassen zur Finanzierung öffentlicher Infrastrukturvorhaben herangezogen werden.
6. Verstaatlichung: Die Überführung von privaten Kapitalgesellschaften in staatliches Eigentum ist eine taugliche, allenfalls notwendige Form von Wirtschaftsdemokratie. Sie ist auch in der Schweiz nicht ohne historische Vorbilder (z. B. Eisenbahnen) und bleibt eine Option für die Zukunft. Das gilt auch für die Neugründung von staatlichen Unternehmen, wie sie in der

Vergangenheit ebenfalls vorgekommen sind (z. B. Elektrizitätswerke, Kantonalbanken).

7. Die Demokratisierung der Wirtschaft kann im nationalstaatlichen Rahmen vorangetrieben werden; im Zeitalter der Globalisierung wird aber der internationale Rahmen immer wichtiger. Die strategischen Ansatzpunkte und Handlungsfelder bleiben dieselben: Staatliche Regulierung von massgebenden Märkten, transnationale Etablierung von Service public statt transnationale Privatisierung, Demokratisierung von internationalen staatlichen Gremien mit wirtschaftslenkenden Funktionen (WTO, IWF, Weltbank, ILO), Mitbestimmung auf Unternehmensebene in multinationalen Konzernen, Umstellung von multinationalen Konzernen von Privateigentum auf Gemeineigentum, Mitbestimmung auf Branchenebene und einen durchsetzungsfähigen UNO-Wirtschafts- und Sozialrat.

Wir wollen nicht den Boden unter den Füßen verlieren, aber auch nicht die Vision aus dem Auge. Die Wirtschaftsdemokratie verweist auf eine andere Ordnung als der Kapitalismus, und zwar eine, die bereits geerdet ist und schon Wurzeln geschlagen hat. Sie ist dennoch ein in ferner Zukunft liegender Zustand, den wir uns heute noch nicht in allen Formen und Mechanismen vorstellen können. Sie wird das Ergebnis von vielfältigen politischen Prozessen sein. Sie haben schon vor langer Zeit begonnen, aber es gibt keine automatische Fortsetzung. Es ist möglich, dass sie stocken oder sogar in die Defensive gedrängt werden und Terrain verlieren.

Die Demokratisierung der Wirtschaft ist eine sozialdemokratische Strategie der Systemveränderung und wird deshalb auf den allergrössten Widerstand jener Kreise stossen, die Wirtschaftsmacht abgeben müssten. Ob der Prozess weiter geht, hängt zunächst von uns selber ab, denn niemand sonst wird wirtschaftsdemokratische Projekte auf die politische Tagesordnung setzen. Wir müssen das schon selber tun. Wir wollen es tun. Danach hängt es davon ab, ob es uns gelingt, Entscheide in dieser Richtung zu bewirken. Das wiederum hat mit unserer politischen Durchsetzungsfähigkeit zu tun, mit der Qualität der wirtschaftsdemokratischen Projekte, mit der Überzeugungskraft unserer Ideen und Argumente.

Wir wissen es, und viele andere wissen es auch: Der Kapitalismus hat das Versprechen der bürgerlichen Revolution nach Freiheit, Gleichheit und Solidarität nicht eingelöst. Er hat seine Chance gehabt, er hat sie verpasst. Die Ziele der bürgerlichen Revolution waren gut, der kapitalistische Weg war es nicht. Also müssen wir einen anderen Weg suchen. Wir stellen hier den Wegweiser. Er zeigt in Richtung Wirtschaftsdemokratie und hofft, dass sich viele mit uns auf den Weg machen.

4. Das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch abkoppeln

Wirtschaftliche Werte beruhen auf Arbeit und Natur. Das heutige Produktionssystem beutet sowohl die Arbeitnehmenden als auch die Natur in zerstörerischer Art und Weise aus. Eine gerechte Wirtschaftsordnung darf sich nicht damit begnügen, die Ausbeutung der Arbeit zu stoppen, sondern muss auch für Nachhaltigkeit und Ressourcengerechtigkeit sorgen.

Die aktuelle Verschleuderung der natürlichen Rohstoffe und fossilen Energien ist ursächlich für Krieg, Unterdrückung, Ausbeutung und Zerstörung der Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen. Die Vision einer Gesellschaftsordnung, die den Kapitalismus überwindet, schliesst neben dem Aufbau der Wirtschaftsdemokratie die vollständige Abkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch mit ein. Es ist nicht eine Frage des Könnens, sondern eine Frage des Wollens, wirtschaftliche Werte mit einem gegenüber heute massiv verminderten Ressourceneinsatz zu schaffen.

Dafür steht die SP ein:

1. Das Produktionssystem muss mit einer umfassenden Cleantech-Offensive in einen geschlossenen Kreislauf umgebaut werden, in dem die vermeintlichen Abfallstoffe zu den Ausgangsstoffen neuer Produktionszyklen werden. Das Wirtschaftswachstum muss dazu dienen, den Ressourcenverbrauch radikal zu vermindern, statt ihn laufend zu erhöhen. Ziel ist die Ressourcengerechtigkeit – niemand soll mehr Ressourcen verbrauchen, als dies in der Gegenwart anderen zusteht und in der Zukunft für alle gleichermassen möglich ist.
2. Der derzeitige Energieverbrauch liegt in der Schweiz pro Person und Jahr bei etwa 6000 Watt kontinuierliche Leistung und der CO₂-Ausstoss bei etwa 6 Tonnen. Dies ist viel zu hoch und trägt zum Klimawandel mit allen bereits heute spürbaren negativen Folgen bei. Um den Klimawandel nicht weiter zu verschärfen, ist es unerlässlich, den Energieverbrauch pro Person auf einen Drittel, also 2000 Watt, und den CO₂-Ausstoss um rund 80 %, auf maximal eine Tonne pro Person und Jahr, zu senken.

IV. Unser Weg

1. Mit Sozialpolitik unsere Lebensqualität deutlich verbessern

a. Den Sozialstaat um die vorsorgende Sozialpolitik ergänzen

Der Sozialstaat des 21. Jahrhunderts braucht zwei Beine. Zum nachsorgenden Standbein, das Risiken absichert, tritt ein vorsorgendes, das dazu befähigt, seine Chancen zu ergreifen. Wie das Beispiel der skandinavischen Staaten zeigt, kann so die Lebensqualität aller Menschen massiv verbessert werden. Wo die Erwerbsformen flexibler und häufig auch prekärer werden und sich der gesellschaftliche Umbruch beschleunigt, wird die zentrale Funktion des Sozialstaates noch wichtiger: Sicherheit im Wandel zu gewährleisten. Angst vor dem Absturz lähmt. Nur wer sich abgesichert weiss, wird Risiken eingehen. Nur wer Chancen hat, wird sie nutzen. Um dieses Versprechen von Sicherheit und Aufstieg in unserer Zeit zu erneuern, ergänzen wir den Sozialstaat mit dem vorsorgenden Sozialstaat.

Der vorsorgende Sozialstaat stellt den Menschen und seine Entfaltungsmöglichkeiten ins Zentrum. Er begnügt sich nicht damit, Arbeitslosengeld auszubehalten. Vielmehr trägt er mit einem breiten Angebot dazu bei, eine neue und gute Stelle zu finden. Er schaut nicht einfach zu, wenn Menschen unter krank machenden Bedingungen arbeiten und leben müssen und verweist allein auf die Krankenversicherung. Vielmehr bekämpft der vorsorgende Sozialstaat zusätzlich das krank machende Umfeld.

Der vorsorgende Sozialstaat befähigt seine Bürger und Bürgerinnen, ihre soziale Lage zu verbessern und den sozialen Aufstieg in Angriff zu nehmen. Der Staat wird damit mehr als ein Reparaturbetrieb. Er entwickelt sich zu einem befähigenden und ermöglichenden Staat weiter, der dafür vorsorgt, dass alle ein selbstbestimmtes und von Bevormundungen aller Art emanzipiertes Leben führen können. Dazu ergreift er Massnahmen und stellt Infrastrukturen bereit, die Menschen Perspektiven eröffnen und sie befähigen, sich aus einer Notlage zu befreien oder gar nicht erst hineinzugeraten: Bildung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Integration in den Arbeitsmarkt und eine präventive Gesundheitspolitik werden so zu den zentralen Achsen der vorsorgenden Sozialpolitik.

Die nachsorgende Sozialpolitik hat während Jahrzehnten entscheidend dazu beigetragen, die Verteilungsgerechtigkeit zu erhöhen. Diese Aufgabe muss sie auch in Zukunft erfüllen. Die Ergänzung der Sozialpolitik um die vorsorgende Komponente braucht es, weil sich die Gesellschaft verändert und immer wie-

der neue soziale Risiken aufkommen. Nicht existenzsicherendes Erwerbseinkommen und Erwerbsausfall sind zum wichtigsten Armutsrisiko geworden. Die Armutsgefährdung im Erwerbsalter ist ihrerseits je nach Altersgruppe sehr ungleich verteilt, der Arbeitsmarkt flexibler geworden. Die während Jahrzehnten für das Sozialversicherungswesen massgebende Norm – die 100 %-Lebenstelle der männlichen Alleinernährer – hat mit den gesellschaftlichen Realitäten von heute nur noch wenig zu tun. Im traditionellen Sozialsystem finden die Migration, unfreiwillige Arbeitsplatzwechsel, ein neues Rollenverständnis der Geschlechter, wechselnde Formen des Zusammenlebens mit Partnern, Partnerinnen und Kindern, eine neue Verhältniszahl zwischen jung und alt oder die bedeutende Rolle prekärer Arbeitsbedingungen für immer mehr Menschen kaum Berücksichtigung. Ebenso wenig sichert der bisherige Sozialstaat gesellschaftlich wichtige, aber unbezahlte Arbeit ab. Gleichzeitig steigt mit dem Übergang zu einer wissensbasierten Wirtschaft die Eintrittsschwelle in den Arbeitsmarkt an, die Frage nach der Qualifizierung wird immer entscheidender. Im Gegenzug steigt nach jeder Wirtschaftskrise die Zahl der Erwerbslosen an, die nicht in den Arbeitsmarkt zurückfinden.

Leider hat es die Schweiz gründlich verpasst, in die vorsorgende Sozialpolitik zu investieren. Sie zahlt nun die Zeche mit steigenden Kosten für die Nachsorge. Der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am BIP stieg von 1990 bis 2005 bloss von 4,9 % auf 5,8 % an und sackte 2007 wieder auf 5,2 % ab. Statt die Menschen zu befähigen, sich erfolgreich in die Arbeitswelt und in die Gesellschaft zu integrieren, muss der Staat nun wachsende Kosten für die soziale Sicherheit tragen. Deren Anteil am BIP stieg 1990 bis 2007 deutlich von 15,9 % auf 23 % an.

Dafür steht die SP ein:

1. Die Weichen müssen neu gestellt werden. Die vorsorgende Sozialpolitik darf in der Schweiz nicht länger vernachlässigt werden. Es braucht massive zusätzliche Anstrengungen in der Bildung, in die Vereinbarkeit von Beruf und häuslicher Arbeit, sowie in die Arbeitsmarktpolitik, die Erwerbsfähige nachhaltig qualifiziert und im Falle von Brüchen in der Erwerbsbiografie oder der familiären Situation einen erfolgreichen (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt ermöglicht.
2. Die erwähnten Instrumente der vorsorgenden Sozialpolitik sollen gezielt die Armut bekämpfen, existenzsichernde Erwerbsarbeit fördern, bei der Erziehung helfen und auf Gesundheitsförderung setzen. Sie sollen auch den demografischen Wandel gestalten, indem sie Migration ermöglichen, eine höhere Erwerbsquote von Frauen und Älteren fördern, Ausgrenzung verhindern und berufliche Integration erleichtern.

3. Zur vorsorgenden Sozialpolitik gehören auch die Gesundheitsförderung und Prävention. Deren Anteil an den gesamten Gesundheitskosten ist bisher in der Schweiz deutlich tiefer als in den meisten vergleichbaren Staaten und muss erhöht werden. Den entscheidenden Beitrag zur Gesundheit leistet jedoch das soziale Umfeld: Bildung, Arbeitssituation, soziale Sicherheit und ein stabiles Beziehungsnetz haben den grössten Einfluss auf die Gesundheit. Die Vernetzung von Sozialpolitik und Gesundheitsförderung ist deshalb unverzichtbar.
4. Übergeordnete Aufgabe des vorsorgenden Sozialstaates ist die Integration aller Menschen in die Gesellschaft. Die Ziele sind Sicherheit, Teilhabe und Emanzipation. Deshalb vernetzt vorsorgende Sozialpolitik unterschiedliche Aufgaben wie Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik, Bildungs- und Gesundheitspolitik, Familien- und Gleichstellungspolitik oder die Integration von Immigrantinnen und Immigranten.

b. Umverteilung und soziale Sicherheit

Es gehört zu den Grundbedürfnissen des Menschen, sein Leben in Sicherheit verbringen zu können, und es gehört zu den Grundaufgaben des Staates, für diese Sicherheit zu sorgen.

Die SP versteht unter Sicherheit in erster Linie die soziale Sicherheit. Das heisst: mit gut bezahlter Arbeit seinen eigenen Lebensunterhalt und denjenigen der eigenen Kinder bestreiten zu können. Untrennbar damit verbunden ist die Sicherheit des Arbeitsplatzes. Da die Wirtschaft diese existenziell wichtigen Sicherheiten auf Arbeit und anständige Entlohnung nicht jederzeit garantieren kann, braucht es sozialstaatliche Einrichtungen, die im Falle des Erwerbsausfalls mit Lohnersatz einspringen können. Das sind in erster Linie die Sozialversicherungen bei Invalidität, Elternschaft, Arbeitslosigkeit und Alter, in zweiter Linie die Sozialhilfe, falls die Sozialversicherungen nicht genügen oder nicht zuständig sind.

Die SP rechnet sich den Aufbau des schweizerischen Sozialstaates in der Nachkriegszeit als ihre grösste historische Leistung an. Sie ist gewillt, die Leistungen der Sozialwerke zu erhalten und – wo nötig – entsprechend der gesellschaftlichen Entwicklung aus- und umzubauen, weil sie weiss, dass die Menschen nur dann wirklich frei sind und nur dann ihre Fähigkeiten und Neigungen ausleben können, wenn ihnen soziale Sicherheit garantiert ist.

Dafür steht die SP ein:

1. Organisation und Strukturierung der Sozialversicherungssysteme sowie deren Abstimmung aufeinander sind zu kompliziert, teilweise ineffizient und undurchschaubar geworden. Anzustreben sind die Zusammenfassung al-

ler auf temporären Erwerbsausfall ausgerichteten Versicherungen in einer einzigen allgemeinen Erwerbsversicherung (inkl. Elternschaft) und eine Gewichtsverlagerung von den Pensionskassen auf die AHV.

2. Die sozialen Sicherungssysteme müssen auch auf die demografischen Entwicklungen ausgerichtet werden. Von Bedeutung sind dabei insbesondere
 - das Verhältnis von Erwerbstätigen und Pensionierten, das sich ungünstig entwickelt;
 - die Aufteilung der Pensionierten in die «jungen Alten» mit Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft sowie die «kranken Alten» mit grosser Pflegebedürftigkeit;
 - die Gliederung der Gesellschaft in einen Familien- und Nichtfamiliensektor mit stark unterschiedlichen Ansprüchen an den Sozialstaat (z. B. Familienförderung versus familienergänzende Kinder- und Betagtenhilfe).
3. Arbeitswillige, die wenig qualifiziert und/oder behindert sind, tragen erhöhte Risiken, aus dem Arbeitsmarkt entfernt oder gar nicht erst zu ihm zugelassen zu werden. Es braucht Anreizsysteme, die dieser Ausgrenzung den Riegel schieben.
4. Der Sozialstaat muss sich politisch wie finanziell gegen einen unregulierten internationalen Standort-, Steuer- und Kostenwettbewerb behaupten.
5. Die gemeinschaftsbezogene Freiwilligenarbeit ist wegen des Wandels sozialer Lebensformen unter Druck geraten und läuft Gefahr, ihre Funktion als wichtige Stütze der sozialen Sicherheit nicht mehr im bisherigen Ausmass wahrnehmen zu können. Sie muss vermehrt gesellschaftlich anerkannt werden.
6. Der Zugang zur Gesundheitsversorgung muss für alle gleichermassen gewährleistet bleiben. Dazu braucht es die obligatorische Grundversicherung mit einem Leistungskatalog, der die Gesundheitsbedürfnisse der Bevölkerung abdeckt. Mit der demografischen Alterung steigt der Bedarf an Langzeitpflege. Die Gesundheitspolitik muss dafür sorgen, dass die notwendigen Ressourcen dafür bereit gestellt und sozialverträglich finanziert werden.
7. Das akuteste Gerechtigkeitsdefizit in der Gesundheitspolitik der Schweiz besteht bei der Finanzierung der Krankenversicherung nach Kopfprämien. Die Finanzierung muss entweder einkommensabhängig erfolgen, wie das bei den anderen wichtigen Sozialwerken der Fall ist, oder aber das System der Prämienverbilligungen muss so ausgestaltet werden, dass ein einfacher, gerechter und schweizweit einheitlicher Zugang gewährleistet ist.
8. Zur sozialen Gerechtigkeit gehört Verteilungsgerechtigkeit. Die Verteilung der Einkommen und Vermögen ist aber auf die verschiedenen gesellschaft-

lichen Gruppen und Schichten extrem ungleich. In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich die Schere zwischen arm und reich, zwischen unten und oben weiter geöffnet. Die SP will diesen Trend in sein Gegenteil kehren.

9. Bezüglich Gleichstellung der Geschlechter erkennen wir Reformbedarf bei der Durchsetzung der Lohngleichheit zwischen Mann und Frau, bei der Behebung der Untervertretung der Frauen in Unternehmensleitungen und staatlichen Führungspositionen sowie bei der Behebung der Untervertretung der Männer in der Familienarbeit. Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.
10. Die Zahl der Menschen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, nimmt zu. Die SP will sozial benachteiligten Gruppen durch gezielte Fördermassnahmen beistehen und Ausgrenzungen jeglicher Art bekämpfen. Der Solidarität bedürfen insbesondere Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen, Arbeitslose, Alleinerziehende, Menschen mit Bildungsrückständen, Menschen mit Behinderungen, Migrantinnen und Migranten.

c. Die Bildungsanstrengungen müssen massiv verstärkt werden

Bildung ist ein hoher Wert, das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht. Bildung trägt zur Emanzipation des Menschen bei, verhilft ihm zur Teilhabe am kulturellen Leben und bildet eine Voraussetzung für die aktive Teilnahme an der politischen und wirtschaftlichen Demokratie. Bildung wirkt damit auch der wachsenden Stimmabstinentz entgegen.

Darüber hinaus genießt Bildung in der vorsorgenden Sozialpolitik eine herausragende Stellung. Bildung ist eines der wichtigsten sozialpolitischen Instrumente. In der wissensbasierten Wirtschaft des 21. Jahrhunderts sind Bildungsarmut und der fehlende Zugang zu Wissen die zentralen sozialen Risiken. Besser gebildete Menschen sind weniger von Krankheit betroffen, und sie leben länger als weniger gebildete. Besser gebildete Menschen zeigen eine höhere politische und soziale Teilhabe. Sie werden schneller und dauerhafter in den Arbeitsmarkt integriert. Sie haben höhere Wahlmöglichkeiten in der beruflichen Laufbahn und bessere Entfaltungs- und Entwicklungschancen am Arbeitsplatz. Entsprechend hoch ist die Erwerbsbeteiligung gut Gebildeter, entsprechend niedrig ist das Risiko der Arbeitslosigkeit. Weil Bildung das Risiko von Krankheit, Arbeitslosigkeit und Armut deutlich verkleinert, steigen mit mehr Bildung auch die Steuererträge und gehen die Ausgaben im Sozialbereich zurück.

Die Schweiz gehört zu den Wissensgesellschaften. Die Menge des verfügbaren und eingesetzten Wissens nimmt ebenso rasch zu, wie es schnell altert. Der Zugang zu diesem Wissen, seine Verteilung, der Umgang damit und die Kontrolle darüber ist für die gesamte Gesellschaft und somit auch für die Poli-

tik zu einem Schlüsselfaktor geworden. Die Position des einzelnen Menschen und sein Potenzial an Lebenschancen definieren sich in unserer Wissensgesellschaft wesentlich durch seine Bildung – seine Schulbildung, seine berufliche Ausbildung, seine lebenslange Weiterbildung, seine Allgemeinbildung.

Bildung ist der 'Rohstoff' der Schweiz. Sie hat seit langem ein leistungsfähiges und vielfältiges Bildungssystem und daher eine vergleichsweise gut ausgebildete Bevölkerung. Das schweizerische Bildungswesen hat in den letzten zwei Jahrzehnten einige markante Veränderungen erfahren, die wir als Fortschritte werten: die grössere Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Bildungsgängen; die Aufwertung des Zweigs Berufsbildung durch die Einführung von Berufsmatur und Fachhochschulen; die Gleichstellung der Geschlechter, vor allem auch bei den Studierenden an den Universitäten; die bessere internationale Verknüpfung der nationalen Bildungssysteme in Europa. Weitere wesentliche Reformen stehen aber an und sind unumgänglich, wenn die Schweiz ihre Position als eine der führenden Wissensgesellschaften halten will.

Dafür steht die SP ein:

1. Die Bildungsanstrengungen der Schweiz müssen insgesamt massiv verstärkt werden. Ihre Bildungsinvestitionen sind in naher Zukunft auf einen BIP-Anteil von mindestens 8 % zu erhöhen und danach weitere Ausbauschritte einzuleiten.
2. Von der Chancengleichheit im Bildungswesen sind wir noch weit entfernt. Die soziale Herkunft bestimmt massgebender den Zugang zu den Bildungsgängen als die persönlichen Fähigkeiten und Neigungen. Bildungsnähe und Bildungsferne werden «vererbt». Die schichtspezifischen Hindernisse, die der Chancengleichheit entgegenstehen, müssen beseitigt werden: familienergänzende Kinderbetreuung, vorschulische und schulbegleitende Angebote, Ganztageschulen, ausgebauten Stipendienwesen, Recht auf Berufslehre.
3. Das schweizerische Bildungssystem besteht im Prinzip immer noch aus 26 kantonalen Bildungssystemen, die zum Teil erheblich voneinander abweichen. Die SP hält diesen «Kantönligeist» für anachronistisch und plädiert für tiefgreifende Koordinations- und Harmonisierungsvorhaben.
4. Das duale Berufsbildungssystem ist bei der Qualifizierung der Bevölkerung für die Ansprüche der Arbeitswelt ein Schlüsselement. Es hängt aber entscheidend vom Lehrstellenangebot ab, und da stellen wir einige bedrohliche Tendenzen fest wie etwa die zunehmende Ansiedlung von Betrieben internationaler Konzerne ohne Berufsbildungstradition oder die Verlagerung von Arbeitsplätzen aus Sektoren mit dualer Berufsbildung in solche ohne. Die SP vertritt eine Berufsbildungspolitik, die hier neue Lösungen

anbietet, die auf eine Stärkung statt Schwächung der dualen Berufsbildung abzielen.

5. Mit Blick auf die sich beschleunigende Entwicklung zu einer wissensbasierten Wirtschaft sind die Anstrengungen zur Förderung einer international hoch vernetzten und an ethischen Leitplanken orientierten Wissenschaft und Forschung weiter zu intensivieren.
6. Die Ansprüche an den pädagogischen Beruf sind erheblich gestiegen und parallel dazu hat er an Attraktivität und gesellschaftlicher Anerkennung verloren. Das ist exakt das Gegenteil von dem, was eine Wissensgesellschaft braucht. Die Aufwertung des Lehrberufs auf allen Stufen gehört für die SP deshalb zu den zentralen bildungspolitischen Zielen.

2. Für mehr Demokratie und einen wohl geordneten Staat

a. Die Demokratie weiter entwickeln

Der demokratisch verfasste Staat gehört für die SP zu den unverzichtbaren und zentral wichtigen Bestandteilen einer guten Gesellschaft. Wir halten die direkte Demokratie, wie sie sich in den ersten 160 Jahren des Bundesstaates herausgebildet und etabliert hat, für die der Schweiz angemessene Herrschaftsform. Wir verteidigen sie gegenüber jenen, die sie als ineffizient, langsam oder gar zukunftsuntauglich bezeichnen. Die direkte Demokratie ist der parlamentarischen überlegen, weil der Souverän seine Macht nicht nur durch die Wahl des Parlaments ausüben kann, sondern immer wieder auch in Form von Sachentscheiden.

So wichtig die demokratische Staatsform für uns ist, so wichtig ist es auch, ihre Grenzen zu benennen, denn auch das Volk darf nicht alles. Demokratie findet ihre Grenzen im übergeordneten Recht, das ja seinerseits demokratisch legitimiert ist, also in den Menschenrechten und im Völkerrecht, auf kantonaler Ebene zusätzlich im Bundesrecht.

Das Prinzip Demokratie muss in der ganzen Gesellschaft wegweisend werden und namentlich auch in den zivilgesellschaftlichen Organisationen (Verbände, Kirchen, Vereinen, Parteien) Anwendung finden, in angemessener Weise auch in den Schulen, wo Demokratie gelernt und eingeübt werden soll.

Die Globalisierung führt zu einem ständigen Bedeutungszuwachs der internationalen Organisationen. Diese sind in der Regel auf der exekutiven Ebene angesiedelt und somit demokratisch eher schwach abgestützt. Die wichtigsten Institutionen dieser Art (UNO, WTO, IWF/Weltbank, ILO) werden in Zukunft vermehrt bisher nationalstaatliche Kompetenzen übertragen bekommen, das

heisst, aus dem demokratisch besser ausgestatteten Souveränitätsbereich der Nationalstaaten in den demokratisch weniger gut ausgestatteten der globalen Institutionen wechseln. Daraus ergibt sich nach unserer Meinung zwingend ein Demokratisierungsbedarf bei den internationalen Organisationen.

Die Sozialdemokratie hat sich nie mit der Demokratisierung der Staatsmacht zufrieden gegeben, sondern setzt sich seit ihrer Gründung auch für die Demokratisierung der Wirtschaftsmacht ein (siehe Kap. III.1). Dies ist auch deshalb so wichtig, weil die Grossunternehmen und Konzerne gesellschaftliche Machtfaktoren sind. Internationale Konzerne entziehen sich einerseits zunehmend nationalstaatlichen Regulierungen, üben andererseits mit ihrer «Drohmacht» (Wegzug von Arbeitsplätzen und Steuern) Druck auf die Staaten aus und unterlaufen so deren demokratische Gesetzgebung.

Dafür steht die SP ein:

1. Im Bereich der politischen Demokratie besteht der Reformbedarf in erster Linie aus der Gewährung des Stimm- und Wahlrechts an niedergelassene Immigrantinnen und Immigranten, in zweiter Linie aus der Senkung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 16 Jahre.
2. Die demografischen und sozioökonomischen Entwicklungen führen zunehmend zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Überschreitung innerstaatlicher Grenzen. Die Kantone und Gemeinden reagieren mit interkantonalen und interkommunalen Körperschaften (Zweckverbände, Konkordate). Da diese Körperschaften weitgehend auf der exekutiven Ebene angesiedelt sind, ist ihr Demokratiedefizit offenkundig und muss beseitigt werden.
3. Der Demokratisierungsbedarf der wichtigen internationalen Institutionen muss eingelöst werden durch ihre eigene Parlamentarisierung und durch den Einbezug der nationalen Parlamente in ihre strategischen Entscheidungen.

b. Rechtsstaatlichkeit und föderalistisches Subsidiaritätsprinzip stärken

Der demokratische Staat ist für die SP nicht der einzige, aber der wichtigste Akteur bei der Gestaltung von möglichst viel Lebensqualität für möglichst viele Menschen. Sein Handeln ist im Willen des Volkes verankert und seinem Wohl verpflichtet. Der Wille des Volkes ist in Verfassung und Gesetzen niedergelegt. Er ist das Ergebnis von Wahlen und Abstimmungen. Er ist der Boden, auf dem die gewählten und die angestellten Vertreterinnen und Vertreter des Staates handeln.

Die SP hält die Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative für eine zentrale historische Errungenschaft und verteidigt sie uneingeschränkt. Auch demokratische Verfahren und Entscheide müssen sich an den

Rahmen halten, den die Menschenrechte und der Rechtsstaat setzen. Die Judikative muss deshalb gestärkt werden.

Die SP setzt auf die Stärke des Rechts gegenüber dem Recht des Stärkeren. Die Verankerung einklagbarer Freiheitsrechte und sozialer Grundrechte in der Verfassung und im internationalen Recht sind von allergrösster Bedeutung im Hinblick auf die Freiheit der Menschen, sich so zu betätigen und zu entfalten, wie es ihren Überzeugungen, Neigungen und Fähigkeiten entspricht. Der Rechtsstaat schützt die Menschen vor staatlicher Willkür und garantiert ihnen die Möglichkeit, die eigenen legitimen Interessen gegenüber Dritten zu verteidigen.

Die SP ist für föderalistische Staatsstrukturen, weil sie zur Machtteilung und zur Bürger- und Bürgerinnennähe beitragen. Die Gliederung des Staates in die drei Ebenen Bund, Kantone und Gemeinden halten wir im Grundsatz für zweckmässig und zukunftstauglich, in der konkret vorhandenen Ausprägung aber für reformbedürftig. Zudem muss sie um eine vierte Ebene, die europäische, ergänzt werden.

Dafür steht die SP ein:

1. Die europäische Integration unter Führung der EU und die Globalisierung der Welt sind historisch bedeutsame Prozesse. Sie gehen mit einem Souveränitätsverlust der Nationalstaaten einher. Die Schweiz als eng mit der EU verbundener, aber ihr noch nicht angehörender Staat erlebt diesen Souveränitätsverlust schleichend und nennt ihn beschönigend «autonomen Nachvollzug». Der Verlust kann nach Ansicht der SP nur durch den Souveränitätsgewinn auf europäischer Ebene kompensiert werden, der mit der EU-Mitgliedschaft verbunden ist. Auch darum sind wir für den Beitritt zu EU.
2. Der Föderalismus ist reformbedürftig. Das gilt in erster Linie für das aus dem 19. Jahrhundert stammende strukturelle Übergewicht der kleinen, ländlichen und agrarisch geprägten Kantone. Sie haben parlamentarisch mit der Sitzverteilung für den Ständerat und direktdemokratisch mit dem Ständemehr ein Übermass an Einfluss, das der realen Bevölkerungsverteilung zwischen Stadt und Land längst nicht mehr entspricht. Die SP tritt für eine Anpassung des Föderalismus an die reale gesellschaftliche Entwicklung ein. Namentlich muss die Stellung der Städte und Agglomerationen gestärkt werden.
3. Tiefgreifende Gebietsreformen sind auf allen Ebenen unumgänglich. Die seit der Gründung der Schweiz vor über 160 Jahren stattgefundenen sozioökonomischen Entwicklungen stellen die föderalen Strukturen mit 26 Kantonen, viel zu kleinen Amtsbezirken und nahezu 3000 Gemeinden in

Frage. Auf kommunaler und auf Bezirks-Ebene ist die Gebietsreform in Gang gekommen. Die SP begrüsst und unterstützt diesen Prozess und hält ihn auch auf kantonaler Ebene mittel- und langfristig für unumgänglich. Langfristig soll die Anzahl Kantone stark reduziert werden, damit grössere und eigenständigere Einheiten als heute untereinander gleichwertig und mit neuer Vitalität ihre zukunftsgerichteten Aufgaben erfüllen können.

4. Der Rechtsstaat muss durch die Einführung eines Verfassungsgerichtes gestärkt werden. Dieses überprüft Entscheide der Regierung, des Parlamentes und des Volkes auf ihre Vereinbarkeit mit dem übergeordneten Recht, namentlich mit den Grundrechten. Volksinitiativen sollen künftig nur gültig sein, wenn sie die grundlegenden Prinzipien des Verfassungs- und Völkerrechts respektieren.
5. Die direktdemokratischen Instrumente müssen verfeinert werden. Es braucht ein Initiativrecht auf Gesetzesstufe, damit die Verfassung von nicht stufengerechten Vorschlägen entlastet wird. Es braucht ein konstruktives Referendum, um Gesetze nicht nur ablehnen, sondern auch verbessern zu können. Und es braucht eine neue Form der Volksinitiative, damit das Volk dem Bundesrat auch in der Aussenpolitik konkrete Handlungsaufträge erteilen kann.
6. Als zusätzliches Organ des Staates braucht es einen Wirtschafts- und Sozialrat im Sinne eines Zukunftsrates, der die eidgenössischen Räte berät und mit einem Antragsrecht ausgestattet ist.

c. Für eine aktive Integrations- und Nicht-Diskriminierungspolitik

Die gesellschaftliche Entwicklung der Schweiz ist seit 1848 von mehreren zentralen Integrationsvorgängen geprägt, die ihrerseits das Resultat härtester sozialer Konflikte waren: als erstes die Integration der ländlich-agrarisch-katholischen Bevölkerung als Folge des Kulturkampfes; als zweites die Integration der Arbeiterschaft als Folge des Klassenkampfes; als drittes die Integration der Frauen als Folge des Geschlechterkampfes. Integration ist immer Ergebnis eines gegenseitigen Prozesses und bedeutet die Aufhebung oder zumindest massive Verminderung systematischer Benachteiligungen, beinhaltet Zugeständnisse an bedeutende gesellschaftliche Gruppierungen, reduziert soziale Spannungen und fördert den nationalen Zusammenhalt.

Die Schweiz hat nach innen eine beeindruckende Integrationskraft bewiesen. Diese gehört zu ihren wichtigsten geschichtlichen Qualitäten und wird durch die notwendige Eingliederung der Immigrantinnen und Immigranten erneut auf die Probe gestellt. Die SP spielte bei der Integration der Arbeiterschaft und der Frauen eine zentrale Rolle. Sie will dies auch bei der Integration der Eingewanderten tun. Sie bekämpft die Marginalisierung und Ausgrenzung ganzer

Bevölkerungsgruppen, weil sie weiss, dass das Konflikte schürt statt löst und den sozialen Zusammenhalt lockert statt festigt. Integration ist nicht nur der Schlüsselbegriff für den sozialen Zusammenhalt, sondern auch für den nationalen und internationalen. Die Schweiz ist als Land mit einer sprachlich-kulturellen Mehrheit und drei sprachlich-kulturellen Minderheiten existenziell auf politische Kräfte angewiesen, die integrativ in diese Verhältnisse hineinwirken. Die SP zählt sich zu diesen Kräften.

Dafür steht die SP ein:

1. Die Schweiz ist seit hundert Jahren ein Einwanderungsland und wird eines bleiben. Die Integration der eingewanderten Menschen ist eine zentrale Daueraufgabe. Sie beinhaltet ihre Verpflichtung auf die Menschenrechte und den demokratischen Rechtsstaat ebenso wie ihre gleichberechtigte Teilnahme an allen gesellschaftlichen Aktivitäten unter Wahrung ihrer kulturellen Identitäten. Allen Niedergelassenen ist das Stimm- und Wahlrecht zu gewähren und eine gerechte Einbürgerungsperspektive zu bieten.
2. Die Pflege des Zusammenhalts zwischen den sprachlich und kulturell verschiedenen Landesteilen bleibt ebenfalls eine politische Daueraufgabe. Der politische Minderheitenschutz, die Sprachenpolitik und der Service public sind geeignete Instrumente dafür.
3. Die Globalisierung nach neoliberaler Muster vergrössert die Gruppe der unter prekären Verhältnissen arbeitenden und lebenden Menschen. Das erzeugt soziale Sprengkraft und wirkt desintegrierend. Derartige Marginalisierungsvorgänge müssen erkannt und mittels einer aktiven Integrations- und Nicht-Diskriminierungspolitik bekämpft werden. Dabei genügt es nicht, Diskriminierungen aller Art gesetzlich zu untersagen. Vielmehr braucht es aktive staatliche und nichtstaatliche Kampagnen zur Förderung der Gleichbehandlung und gegen Fremdenhass, Ausgrenzung und Sündenbockdenken.

3. Für starke staatliche Strukturen in Europa und weltweit

a. An der europäischen Integration gleichberechtigt mitwirken

Die Schweiz ist das europäischste Land Europas. Sie nimmt in der geographischen Mitte des Kontinents zentrale Funktionen wahr, etwa bezüglich der transnationalen Verkehrsströme oder des grenzüberschreitenden Stromhandels. Drei ihrer vier Landessprachen sind auch die Sprachen der grössten Länder Europas. Deshalb ist sie mit ihren Nachbarstaaten kulturell eng verbunden. Die Schweiz hat einen ausserordentlich intensiven wirtschaftlichen Verkehr mit der Europäischen Union; er umfasst drei Viertel der gesamten Impor-

te und Exporte von Waren und den grössten Teil des ausser Landes investierten Kapitals. Gegen 10 Prozent aller Schweizerinnen und Schweizer leben in europäischen Ländern, an die 20 Prozent der Schweizer Wohnbevölkerung sind Europäerinnen und Europäer. Aus all dem geht hervor, dass das Verhältnis zur Europäischen Union und ihren Mitgliedsländern für Gegenwart und Zukunft der Schweiz von allergrösster Bedeutung ist.

Dieses Verhältnis drückt sich in einer Vielzahl von bilateralen Verträgen aus, die in erster Linie die Wirtschaftsbeziehungen regeln. Es zeichnet sich aber immer klarer ab, dass der bilaterale Weg steiler und steiniger wird. Die Aushandlung neuer bilateralen Verträge stockt, der Problemstau wächst, der Handlungsdruck nimmt zu, der bilaterale Weg mündet in der Sackgasse. Die Schweiz isoliert sich zunehmend, beteiligt sich nicht am Bau des Hauses Europa und wird gleichzeitig immer abhängiger von den Beschlüssen der Europäischen Union. Die Übernahme europäischer Regelungen wird beschönigend «autonomer Nachvollzug» genannt, ist aber nichts anderes als ein schleichender Souveränitätsverlust.

Die SP hat die Gründe für und gegen einen Beitritt der Schweiz zur EU eingehend analysiert und bilanziert. Sie ist zum Schluss gekommen, dass die Vorteile eines Beitritts die Nachteile klar überwiegen. Dies allerdings nur dann, wenn der Beitritt von einem Bündel innenpolitischer Reformen begleitet wird. So wie die Einführung der Personenfreizügigkeit untrennbar mit flankierenden Massnahmen zum Schutz schweizerischer Löhne und Arbeitsbedingungen verknüpft wurde, muss der Beitritt untrennbar mit flankierenden inneren Reformen verbunden werden, die für die Bevölkerung einen Fortschritt darstellen – beispielsweise die teilweise Rückerstattung der Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuer an die Schweizer Bevölkerung.

Der schleichende politische Souveränitätsverlust kann nur durch den mit dem Beitritt verbundenen Souveränitätsgewinn als vollberechtigtes EU-Mitglied kompensiert werden. Nur als EU-Mitglied kann sich die Schweiz wirksam dafür einsetzen, dass soziale und demokratische Defizite des europäischen Integrationsprozesses beseitigt werden und das europäische Friedensprojekt voranschreitet.

Dafür steht die SP ein:

1. Die SP steht für die rasche Einleitung von Beitrittsverhandlungen zur EU ein. Dabei soll der vorhandene Spielraum für die soziale Ausgestaltung des Beitritts aktiv genutzt werden.
2. Der Beitritt der Schweiz zur EU muss mit innenpolitischen Reformen flankiert werden, damit die sozialen und ökologischen Vorteile des EU-Beitritts rasch und für alle spürbar die Lebensqualität erhöhen und mögliche

Nachteile gar nicht erst eintreten, sondern durch wirksame flankierende Massnahmen ihrerseits zu neuen Vorteilen werden.

3. Das politische System mit seiner direkten Demokratie und seinem Föderalismus soll in der Substanz bewahrt und gleichzeitig so reformiert werden, dass es der Schweiz möglich wird, die EU mitzuregieren.
4. Die Schweiz muss sich dafür einsetzen, dass der Integrationsprozess in Europa weiter voranschreitet, die EU zu einer umfassenden Sozial- und Wirtschaftsunion ausgebaut und weiter demokratisiert wird. Auch dies setzt den Beitritt zur EU voraus.

b. Der Beitrag der Schweiz zur Stärkung der globalen Gouvernanz

Die Schweiz hat auf internationaler Ebene in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht fünf zentrale Handlungsfelder zu beackern: gute Regierungsführung, fairer Waren- und Kapitalverkehr, Entwicklung, Klimaschutz und Regulierung der Finanzmärkte.

Gute Regierungsführung: Ein wohl geordneter Staat bildet weltweit die entscheidende Voraussetzung für Lebensqualität und sozialen und ökologischen Fortschritt. Die Korruption muss entschieden bekämpft, die demokratische Partizipation auf allen Stufen erhöht und das staatliche Gewaltmonopol gegenüber Warlords und privaten Sicherheitsfirmen durchgesetzt werden. Um dieses Ziel weltweit zu erreichen, braucht es eine durchsetzungsfähige UNO, mehr Einfluss der internationalen Organisationen, einen starken Multilateralismus und ein Völkerrecht, das die Straflosigkeit von verbrecherischem staatlichem Handeln ausschliesst.

Fairer Handel: Unregulierter Freihandel ist kein taugliches Entwicklungskonzept für die Armen dieser Erde; zu oft schon hat er ihre Lage verschlimmert statt verbessert. Im fairen Handel dagegen steckt viel Potenzial für die Armutsbekämpfung, weil er den Austausch von Waren, Kapital und Dienstleistungen an die Einhaltung von sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Standards bei ihrer Produktion bindet.

Entwicklung: Zusätzlich zu ihrer Aussenwirtschaftspolitik muss die Schweiz auch mit ihrer Entwicklungszusammenarbeit einen qualitativ hochwertigen Beitrag zur Erreichung der UNO-Millenniums-Entwicklungsziele leisten, die gute Regierungsführung und demokratische Partizipation der Zivilgesellschaft stärken und zu Gewaltabbau und Förderung des Friedens beitragen. Zentral sind Programme, die auf der tragenden wirtschaftlichen Bedeutung der Frauen aufbauen und jede Diskriminierung und Ausbeutung von Frauen und Kindern bekämpfen.

Klimaschutz: Als wirtschaftlich hoch entwickeltes Land gehört die Schweiz zu den Umweltsündern. Deshalb und weil sie ein reiches Land ist, gehört sie zu denen, die im Kampf gegen die Erderwärmung vorangehen müssen. Mit einer Greentech-Strategie verbinden sich gleichzeitig bedeutende ökonomische Chancen.

Regulierung der Finanzmärkte: Von der Realwirtschaft losgelöste, hoch spekulative Finanzmärkte stürzten die Weltwirtschaft nach 2008 in die tiefste Rezession seit 70 Jahren. Die Folgeschäden gehen voll und ganz zulasten der Bevölkerung, während die Banken und Spekulanten weitermachen wie zuvor. Eine wirksame internationale Finanzmarktregulierung muss dafür sorgen, dass sich das nicht wiederholt und das Finanzmarktsystem im Dienst der Realwirtschaft steht und nicht umgekehrt.

Dafür steht die SP ein:

1. Die Schweiz muss den Übergang vom freien zum fairen Handel voranbringen. Die Stellung der Internationalen Arbeitsorganisation IAO im UNO-System muss gestärkt und die Durchsetzbarkeit der internationalen Arbeits- und sozialen Grundrechte erhöht werden. Die Schweiz soll in der Regel nur noch multi- und bilaterale Wirtschaftsabkommen mit sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Standards abschliessen und aktiv gegen die Steuerflucht – namentlich auch aus Entwicklungsländern – vorgehen. Multilaterale Regulierungen müssen dabei vor bilateralen Vorrang haben.
2. Die Schweiz soll zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele der UNO einen quantitativ und qualitativ bedeutenden Beitrag leisten, der ihrer starken Stellung in der Weltwirtschaft entspricht. Die öffentliche Entwicklungshilfe muss einen Anteil von 0,7 % vom Bruttonationaleinkommen (BNE) übersteigen. Besonders wichtig sind Programme, die auf der tragenden wirtschaftlichen Bedeutung der Frauen aufbauen und die gesellschaftlich verankerte Diskriminierung und Ausbeutung von Frauen und Kindern bekämpfen.
3. Für die SP ist es wichtig, Solidarität nicht nur politisch, sondern auch praktisch zu üben. Sie ist Mit-Gründerin und Mit-Trägerin des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks und unterstützt dieses bei seinen Projekten und Programmen in der Schweiz und in den Entwicklungsländern. Sie gründet auf der Strategie «menschenswürdige Arbeit gegen Armut». Das gleiche Ziel verfolgt mit anderem Weg der Solifonds, der den sozialen Befreiungskampf in Entwicklungsländern unterstützt; auch hier ist die SP Mit-Gründerin und Mit-Trägerin.
4. Die Schweiz muss an die Spitze jener Länder herangeführt werden, die den Kampf gegen die Erderwärmung am ehrgeizigsten aufnehmen.

5. Die Schweiz muss gemeinsam mit der EU Initiativen ergreifen und unterstützen, um die internationalen Finanzmärkte wirksam zu regulieren und deren Transparenz und Eigenkapitalausstattung markant zu erhöhen. Eine Finanztransaktionssteuer (Tobin-Steuer) soll die internationale Spekulation eindämmen und finanzielle Mittel für die soziale Entwicklung bereitstellen.

c. Für eine solidarische Friedens- und Sicherheitspolitik der Schweiz

Frieden und Sicherheit werden von natürlichen und technischen Grossrisiken wie Umweltkatastrophen, Atomkraftwerken, unserer hoch verletzlichen Netzwerk-Infrastruktur oder Pandemien mindestens so herausgefordert wie durch konventionelle Bedrohungsformen zwischen- und innerstaatlicher Art oder Terrorismus sowie grenzüberschreitende Formen der organisierten Kriminalität. Öffentliche Sicherheit und Sicherheit im Alltag sind dabei für die Lebensqualität aller entscheidend.

Die Globalisierung hat den Blick von der Staatenwelt auf die Menschen und ihre konkreten Rechte und Bedürfnisse ausgeweitet. Die strikte Trennung von Innen und Aussen passt nicht mehr in unsere Zeit. Die militärzentrierte, am nationalen Territorium orientierte Sicherheitspolitik ist überholt. Die menschliche Sicherheit ist wichtiger und die staatliche Sicherheit weniger wichtig geworden. Im Innern ist es selbstverständlich geworden, dass der Staat auch für die Sicherheit im Alltag und im innerhäuuslichen Bereich Mitverantwortung trägt.

Kriege und Kriegsgefahren werden auch in Zukunft ihre ebenso prägende wie bedrohliche Bedeutung behalten, ihre Schauplätze aber werden nicht mehr in Europa sein. Das ist der überragenden friedensstiftenden und friedenssichernden Leistung der EU zu verdanken. Kriege werden zwar in anderen Teilen der Welt ausgetragen, aber das heisst nicht, dass sie uns nichts angehen und uns nicht betreffen.

Einerseits ist die Schweiz durch eigene Aktivitäten involviert: Waffenexporte, Kriegsflüchtlinge, humanitäre Aktionen, friedenssichernde Armee-Einsätze, Teilnahme an UNO-Sanktionen und Wiederaufbau-Programmen, diplomatische Aktivitäten. Andererseits ist die Schweiz aufgrund des sich verdichtenden Beziehungsnetzes abhängiger und verletzlicher gegenüber Ereignissen geworden, die sich an praktisch beliebigen Orten auf dem Erdball abspielen. Deshalb ist es nicht allein eine moralische Pflicht, weltweit den Frieden zu fördern, die Menschenrechte zu stärken und für Sicherheit und Stabilität zu sorgen. Vielmehr liegt dies auch im ureigensten Sicherheitsinteresse der Schweiz selbst.

Den besten Schutz vor zahlreiche Risiken bietet eine gerechte soziale und wirtschaftliche Entwicklung sowie präventive Massnahmen durch Friedensförderung, Stärkung der Menschenrechte, Klimaschutz, Verzicht auf allzu gefähr-

liche Technologien, militärische Abrüstung, strenge Waffengesetze und medizinische Vorsorgeplanungen. Notwendig sind aber auch der polizeiliche und militärische Schutz vor jenen Risiken, die nicht anders abgewehrt werden können.

Dafür steht die SP ein:

1. Die SP setzt sich für eine aktive, friedensorientierte Aussenpolitik ein. Dies ist leider in der Schweiz noch längst keine Selbstverständlichkeit.
2. Die SP will, dass die Schweiz alle kriegsfördernden Aktivitäten wie Waffenexporte an risikobehaftete Partner unterlässt und sich international für gewaltfreie Konfliktlösungen einsetzt.
3. Die Menschenrechte sind der Kern jeder humanen Gesellschaft. Sie sind universell und unteilbar und sollen jedem Individuum voraussetzungslos zustehen. So steht es in der UNO-Charta und in vielen nationalen Verfassungen. Die Realität sieht leider allzu oft anders aus. Die Schweiz muss mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für die Durchsetzung der Menschenrechte überall auf der Welt einstehen und den Internationalen Strafgerichtshof stärken.
4. Die allgemeine Wehrpflicht ist überholt und führt zu einer personell massiv überdotierten Armee. Sie ist durch ein freiwilliges Rekrutierungssystem zu ersetzen. Die Armee muss ab- und umgebaut werden und vorab zum Schutz der Zivilbevölkerung und der internationalen Friedensförderung beitragen.
5. Der Zivildienst hat in unserer Gesellschaft wichtige Aufgaben übernommen. Er soll auch nach Sistierung oder Abschaffung der Wehrpflicht als freiwilliger Zivildienst fortgeführt werden.
6. Die Katastrophenvorsorge und -bewältigung müssen umfassend modernisiert und die Prävention gegenüber der Nachsorge gestärkt werden. Der an veralteten Kriegsszenarien ausgerichtete Zivilschutz hat sich überlebt; die Zivilschutzdienstpflicht und die Schutzraumbaupflicht sind unnötig, ineffizient und mit unserer hochmobilen Leistungsgesellschaft unvereinbar. An ihre Stelle tritt ein modernisierter Bevölkerungsschutz, der in enger Kooperation mit den Blaulichtorganisationen ein qualitativ hohes Ausbildungsniveau sicherstellt und in Grossregionen zusammengefasst wird.
7. Die kantonalen Polizeikorps gewährleisten die Sicherheit und Ordnung im Innern. Die Übertragung hoheitlicher Polizeiaufgaben an private Sicherheitsdienste oder die Armee muss ausgeschlossen werden.

4. Für eine zukunftsfähige Wirtschaft im Dienste aller Menschen

a. Für soziale und ökologische Leitplanken der Marktwirtschaft

Die Marktwirtschaft hat zahlreiche verschiedene Gesichter. Der Manchesterliberalismus, der im Zuge der industriellen Revolution vor über 160 Jahren gegen die alte Ordnung durchgesetzt wurde, hat wenig gemeinsam mit jener Marktwirtschaft, die dank dem Kampf der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in feste Leitplanken zugunsten der Arbeitnehmenden und der Konsumierenden gefasst war. Die von Maggie Thatcher und George Bush senior angestossene und sich in den 1990er Jahren weltweit durchsetzende neoliberale Revolution riss aber zahlreiche dieser Leitplanken wieder ein. Gezielt entfesselte Marktkräfte haben seither die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ins Masslose gesteigert und das globale Finanz- und Wirtschaftssystem nach 2008 in seine schwerste Krise seit Jahrzehnten gestürzt.

Dem steht gegenüber, dass ein wirksam regulierter Markt weiterhin ein unverzichtbares Ordnungsprinzip jeder produktiven, effizienten und innovativen Wirtschaft darstellt. Sofern die Leitplanken richtig gesetzt sind, bildet er die beste Methode zur Regulierung von Angebot und Nachfrage und zur Preisbildung. Damit der liberale Markt seine Qualitäten voll ausspielen kann, muss allerdings der Wettbewerb spielen können. Er darf nicht durch die Konzentration der Marktmacht in den Händen weniger, fehlende Transparenz, schädliche privatwirtschaftliche Monopole oder Kartellbildung unterlaufen werden.

Der Markt ist zwar ökonomisch effizient, aber ökologisch und sozial blind. Wird der Markt nicht reguliert, tendieren die Preise für die Arbeitskraft und natürlichen Ressourcen gegen null. Entfesselte Marktkräfte zerstören die Gesellschaft und deren Umwelt. Sie führen nicht zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sondern nur der Nachfrage, also Bedürfnisse, die sich in Geld ausdrücken können. Sehr viele Menschen auf dieser Welt können ihre Grundbedürfnisse nach Ernährung, Gesundheit, Wohnen und Bildung nicht befriedigen, weil sie kein Geld haben, um sich diese Güter kaufen zu können. Viele Menschen in unserer eigenen Gesellschaft können ihre Grundbedürfnisse nur ungenügend befriedigen, weil sie zu wenig Geld haben. Zum Markt gehört deshalb zwingend eine Marktordnung, denn er ist nicht Selbstzweck. Die Marktordnung muss seine gravierenden Mängel korrigieren und seine Dynamik in die richtigen Bahnen lenken.

Der wichtigste Markt ist der Arbeitsmarkt. Er war historisch gesehen ein grosser Freiheitsgewinn für die Arbeiterklasse und mündete trotzdem in ihre krasseste Ausbeutung, weil ihm zunächst niemand humane Ziele vorgab. Es bleibt die historische Leistung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, mit der Durchsetzung von Gesamtarbeitsverträgen und sozialstaatlichen Gesetz-

gebungen dem freien, unregulierten Arbeitsmarkt Lohngerechtigkeit und Lebensqualität für die Lohnabhängigen abgerungen zu haben – und es bleibt ihr historischer Auftrag, die Humanisierung der Arbeitswelt voranzubringen.

Wir wollen den Markt weder schlechtreden noch verharmlosen. Wir wollen seine Qualitäten nutzen und seine Schwächen korrigieren. Wir sehen ihn als Wirtschaftsmotor im Dienst einer freiheitlichen und gerechten Gesellschaft. Die Gesellschaft muss die Märkte mittels Politik steuern, muss ihnen Leitplanken setzen und Ziele vorgeben, muss ihre zerstörerischen Kräfte bändigen und sie umlenken in Bahnen, die den Menschen Lebensqualität und der Natur Schutz bieten.

Die SP ist in diesem Sinne für eine sozial-ökologische Marktwirtschaft.

Dafür steht die SP ein:

1. Die fortschreitende Globalisierung der kapitalistischen Marktwirtschaft macht die Grenzen nationalstaatlicher Marktordnungen sichtbar und bedroht diese in ihrer Substanz. Unregulierte globale Märkte mit freiem Auslauf für die auf nichts und niemanden Rücksicht nehmende Profitmaximierung halten wir in sozialer und ökologischer Hinsicht für extrem schädlich. Die SP ist deshalb für global tätige und demokratisch legitimierte Institutionen mit wirksamen Kompetenzen zur Rechtssetzung und Rechtsdurchsetzung, damit nicht nur die Märkte globalisiert werden, sondern auch die Gerechtigkeit und die Nachhaltigkeit.
2. Zu einer sozialen Marktwirtschaft gehören auf allen Ebenen Leitplanken, die für eine doppelte Gerechtigkeit sorgen: Chancengleichheit (Startgerechtigkeit) und Sicherung menschenwürdiger Lebensbedingungen für alle (Ergebnisgerechtigkeit). Eine freiheitlich-liberale Ordnung darf sich nicht allein auf das Effizienzziel konzentrieren, sondern muss stets auch eine soziale Ordnung sein.
3. Zu einer sozialen Marktwirtschaft gehört deshalb die Umverteilung asymmetrischer Vermögen und Einkommen durch progressive Besteuerung und verteilungsgerechte Sozialleistungen einerseits und eine Beschäftigungspolitik durch antizyklische Konjunkturpolitik, Mindestlöhne, gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit und eine soziale Betriebsordnung mit Mitbestimmung andererseits. Der bestehende Wildwuchs von Steuerabzügen muss zu Gunsten eines einfacheren, transparenteren und gerechteren Systems eliminiert und Steuerschlupflöcher gestopft werden. Es braucht eine nationale Erbschaftssteuer, eine Kapitalgewinnsteuer, wirksame Schranken gegen den schädlichen Steuerwettbewerb und eine konsequente Weissgeld-Strategie. Das traditionelle Geschäftsmodell des Finanzplatzes Schweiz, das auf der systematischen Annahme von Steuerschwarzgeld beruhte,

muss unterbunden und durch eine Strategie der exzellenten Dienstleistungsqualität ersetzt werden.

4. Eine starke nationale und internationale Regulierung und Aufsicht der Finanzmärkte muss unter anderem dafür sorgen, dass die Eigenmittel der Banken massiv erhöht, das Ausserbilanzgeschäft unterbunden und namentlich im Derivategeschäft Transparenz hergestellt wird. Es braucht eine Überwachung der Kapitalverkehrsströme, die insbesondere Spekulationen gegen einzelne Staaten verhindert, sowie eine Finanztransaktionssteuer (Tobin-Steuer), die in einem ersten Schritt auch auf regionaler Ebene eingeführt werden kann und ebenfalls zur Stabilität des internationalen Finanzsystems beiträgt.
5. Zu einer sozialen Marktwirtschaft gehört, dass Kapitaleigner und Management die volle Verantwortung für eingegangene Risiken und Fehlverhalten übernehmen. Es darf nicht sein, dass einzelne Unternehmen aufgrund ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung einfach darauf setzen können, von den Steuerzahlenden gerettet zu werden. Wer aufgrund der Marktkonstellation dennoch auf eine faktische Staatsgarantie zählen kann, weil der Konkurs des Unternehmens volkswirtschaftlich teurer wäre als eine staatliche Rettung, muss diese zwingend abgeben. Die SP setzt sich darüber hinaus für vorsorgende Massnahmen ein, damit Unternehmen jederzeit ohne Schaden für den Fiskus und ohne Schaden für die betroffenen Arbeitnehmenden untergehen können. Dafür muss ihre Grösse begrenzt werden. Zudem braucht es Rückstellungen für die Belegschaft, die ihnen im Konkursfall zur Verfügung stehen.
6. In der Landwirtschaftspolitik setzt die SP auf Qualität statt Billigproduktion und auf Export in die europäische Nachbarschaft statt Agrarprotektionismus. Die Wertschöpfung des Agrarsektors soll in erster Linie durch eine konsequente Qualitätsstrategie, spezielle Labels wie Bio sowie Herkunftsbezeichnungen erhöht werden. Die Leistungen der Landwirte müssen über den Preis gerecht abgegolten werden. Die SP fordert einen transparenten Markt und unterstützt Initiativen zur Förderung lokaler und regionaler Produkte. Die Direktzahlungen müssen stärker als bisher auf ökologische Mehrleistungen im Sinne einer umweltschonenden und tiergerechten Landwirtschaft ausgerichtet werden und gezielt übergeordnete Leistungen abgeben. Auch auf internationaler Ebene setzt sich die SP für Ernährungssicherheit und für die Abschaffung verfehlter Agrarsubventionen und Exportförderungsmassnahmen ein und fordert in der Welthandelsorganisation WTO soziale und ökologische Produktionsstandards und die gezielte Förderung des fairen Handels.

7. Die Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank muss nebst der Preisstabilität auch die konjunkturelle Entwicklung sowie im Interesse des Arbeitsplatzes auch den Wechselkurs gebührend berücksichtigen. Das Ziel ist eine Abkehr von der reinen Inflationsbekämpfung und eine pragmatische Abstimmung der Geldpolitik mit der übrigen Wirtschaftspolitik.

b. Für einen starken Service public

Kernbereiche der Daseinsvorsorge wollen wir nicht dem Rendite-Primat der Märkte aussetzen, sondern der Warenwirtschaft und den Mechanismen von Konkurrenz und Profit entziehen. Der Staat hat die Aufgabe, für die Grundversorgung der Bevölkerung und der Betriebe mit den für ihre Existenz wesentlichen Waren und Dienstleistungen zu sorgen. Zu diesem Service public zählen wir das Bildungswesen, das Gesundheitswesen, die Sozialversicherungen, die öffentliche Sicherheit, den Finanzmarkt und die Geldwirtschaft (weil diese im Dienste der Realwirtschaft stehen und dieser untergeordnet werden müssen), die Versorgung mit Energie, die Wasserversorgung, die Abfall- und Abwasserentsorgung, den öffentlichen Verkehr, die Telekommunikation, Radio und Fernsehen, die Raumordnung, den Umweltschutz, die familienergänzende Kinder- und Altenbetreuung und die Post. Was Inhalt der Grundversorgung ist, muss im politischen Prozess immer wieder neu bestimmt und auf die gesellschaftlichen Veränderungen abgestimmt werden. Der Service public wird entweder von staatlichen Monopolbetrieben oder von privaten Unternehmen mit staatlichem Leistungsauftrag erbracht.

Die Lebensqualität der Menschen hängt in einem hohen Mass von der Verfügbarkeit öffentlicher Güter ab. Der Service public trägt zur Chancengleichheit, zur sozialen Gerechtigkeit und zum nationalen Zusammenhalt bei. Er ist darüber hinaus von grosser volkswirtschaftlicher Bedeutung, denn eine qualitativ hochstehende Infrastruktur ist – verbunden mit einer hohen Versorgungssicherheit – ein entscheidender Standortvorteil im internationalen Wettbewerb.

Dem Service public kommen aus sozialdemokratischer Sicht drei weitere, entscheidende Vorteile zu: Er wird demokratisch geregelt, solidarisch finanziert und hat Vorbildcharakter bezüglich Arbeitsbedingungen, Umweltverträglichkeit und Gleichstellung der Geschlechter.

Dafür steht die SP ein:

1. Der Service public ist im neoliberalen Zeitalter ins Visier der Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik geraten. Das private Kapital wittert lukrative Geschäftsmöglichkeiten. Die SP wehrt sich gegen diese Demontage, weil sie einen negativen Einfluss auf die Lebensqualität breiter Bevölkerungskreise hätte. Die Angebote des Service public müssen allen Men-

schen in allen Landesregionen zu gleichen Preisen und in guter Qualität zur Verfügung stehen.

2. Der Service public steht auch international unter Druck: Die führenden Staaten in der Welthandelsorganisation WTO wollen die nationalstaatlichen Grundversorgungen Schritt um Schritt in Märkte verwandeln und privatisieren. Die Schweiz muss diesen Bestrebungen Widerstand leisten, sie blockieren und dem Service public auch unter globalisierten Vorzeichen die ihm gebührende Stellung sichern helfen. Besondere Bedeutung hat der kostenlose Zugang zu frischem Trinkwasser.
3. Der Service public muss stets neu definiert und weiter entwickelt werden. Er soll der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Dynamik folgen, seine Leistungen regelmässig überprüfen und anpassen, denn nur so kann er seine wohlfahrtsfördernde Funktionen beibehalten und sich selbst legitimieren.

c. Das Recht auf Arbeit in einem veränderten Umfeld durchsetzen

Die betrieblichen Arbeitswelten, die Berufe, die Arbeitsverhältnisse, die Arbeitszeiten befinden sich in einem tiefgreifenden Wandel. Neue Technologien verändern den Arbeitsmarkt ebenso wie der europäische Binnenmarkt und die Globalisierung. Allen Veränderungen zum Trotz gibt es aber auch eine Konstante: Arbeit ist für die meisten erwachsenen Menschen der wichtigste Lebensinhalt geblieben, weil sie die materielle Existenzgrundlage liefert und weil sie ihrem Leben Sinn gibt, namentlich auch als Sorgearbeit in Familie und Pflege und freiwillige Gemeinwohlarbeit in Vereinen, Parteien oder religiösen Gemeinschaften. Anständig bezahlte Arbeit ist das beste Mittel im Kampf gegen die Armut und die entscheidende Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Arbeit verhindert soziale Ausgrenzung. Daraus ergibt sich das Grundrecht auf Arbeit, das wir verteidigen und einfordern – im eigenen Land und überall auf der Welt.

Die Sozialdemokratie hat sich seit ihrer Gründung als politische Vertreterin der lohnabhängig arbeitenden Menschen verstanden und tut es noch. Sie kämpft für Vollbeschäftigung, für gerechte Löhne, für ein ausgewogenes Verhältnis von Arbeitszeit und Freizeit, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für Arbeitsplätze für leistungsbehinderte Menschen, für ausreichende Aus- und Weiterbildung und für Sozialversicherungen, die Lohnersatz zahlen, wenn jemand ohne Arbeit ist.

Arbeit ist zudem die wichtigste Quelle der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung. Dieser Tatsache wird in der betrieblichen Realität bis heute zu wenig Rechnung getragen. Die Wirtschaftsmacht ist in den Händen der Eigentümer, die Arbeitenden sind davon ausgeschlossen. Die Unternehmen dienen den

Interessen der Aktionäre, die allzu oft denen der Belegschaften diametral entgegenstehen. Die SP will das ändern und auf die Übertragung von Wirtschaftsmacht an die Belegschaften hinarbeiten.

Dafür steht die SP ein:

1. Die Produktivität der wirtschaftlichen Wertschöpfung wächst stetig. Die SP setzt sich dafür ein, dass die Produktivitätsfortschritte in erster Linie denen zufließen, die sie erzeugen – den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Diese Teilhabe am Produktivitätsfortschritt soll sowohl in Form von Lohnerhöhungen als auch in Form von Senkungen der Lebensarbeitszeit erfolgen.
2. Die SP setzt sich für Vollbeschäftigung ein, weil es sich aus dem Recht auf Arbeit ableitet und weil es zur Arbeit in all ihren existenziellen Bedeutungen keine wirkliche Alternative gibt. Wir lehnen das Gerede von der «chronischen Sockelarbeitslosigkeit» ab. Es soll bloss den fehlenden Willen vertuschen, das Nötige gegen Arbeitslosigkeit vorzukehren. Arbeitslosigkeit gibt es nur so lange, als wir diese tolerieren.
3. Das Risiko, arbeitslos zu werden, hängt direkt von den beruflichen Qualifikationen ab: Je besser sie sind, desto kleiner ist das Risiko. Daraus ergibt sich für uns die wirksamste Methode im Kampf um Vollbeschäftigung: das Recht auf berufliche Ausbildung und lebenslange Weiterbildung.
4. Die Personenfreizügigkeit ist ein wichtiges Freiheitsrecht aller Erwerbstätigen. Voraussetzung ist die europaweite Anerkennung des Leistungsortsprinzips, des gewerkschaftlichen Vereinigungsrechts, der länderübergreifenden Anerkennung der Berufsqualifikationen und die Koordination der Sozialversicherungssysteme. Wer in die Schweiz kommt, um zu arbeiten, soll dies nur zu Schweizer Löhnen und Schweizer Arbeitsbedingungen tun können. Die SP kämpft für eine konsequente Durchsetzung dieses Grundsatzes zum Schutz des Arbeitsmarktes und gegen Schwarzarbeit.
5. Es gibt einen Trend zur Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen: Arbeit auf Abruf, Arbeit mit zu tiefer Entlohnung (working poor), Schwarzarbeit, Temporärarbeit. Diesem Trend sagen wir den Kampf an. Wer Vollzeit arbeitet, soll mit dem Lohn seinen Lebensunterhalt bestreiten können. Um dieses Ziel zu erreichen, soll es einen gesetzlich garantierten, existenzsichernden Mindestlohn geben.
6. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie steckt noch in den Kinderschuhen. Das geht zulasten der Frauen bezüglich beruflicher Laufbahn und zulasten der Männer bezüglich familiärem Engagement. Wir zählen die Beseitigung dieser Lasten durch die ungehinderte Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unseren prioritären gesellschaftspolitischen Zielen. Der nach wie vor ge-

schlechtlich strukturierte Gegensatz zwischen Erwerbsarbeit und Betreuungsarbeit muss aufgelöst werden.

7. Frauen sind bezüglich Lohn gegenüber den Männern weiterhin klar benachteiligt. Die SP hält ihr Engagement für den Grundsatz «gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit» so lange aufrecht, bis er als erfüllt gelten kann.
8. Die Wirtschaftsmacht liegt immer noch ausschliesslich in den Händen derjenigen, welche die Produktionsmittel besitzen. Notwendig ist aber die zumindest gleichberechtigte Teilhabe der Arbeitenden an der Wirtschaftsmacht. Die SP unterstützt alle Bestrebungen, die zur Demokratisierung der Wirtschaftsmacht beitragen.

d. Zukunftstechnologien im Dienste der Menschen fördern

Die stärksten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungsimpulse gehen seit längerem von den Wissenschaften und der Umsetzung ihrer Forschungsergebnisse in neue Technologien aus. In den letzten 20 Jahren waren es in erster Linie die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT). In Zukunft werden die Biotechnologien und die Nanotechnologie an ihre Seite treten. Die Dynamik und der Wandel, die sie auslösen, waren und sind ebenso umfassend wie tiefgreifend, das Tempo hoch. Sie setzen die Menschen unter einen enormen Anpassungsdruck. Sie generieren neue Geräte, neue Methoden, neue Fabriken, neue Wirtschaftszweige und erfordern neues Wissen, neue Qualifikationen, neue Arbeitsplätze. Sie schufen und schaffen auch neue Probleme. Das wird so bleiben und sich im Tempo eher beschleunigen als verlangsamen. Die Dynamik des technologisch gesteuerten Wandels wird in Wirtschaft und Gesellschaft zu weiteren tiefgreifenden Veränderungen führen und die Politik zum Handeln zwingen.

Dafür steht die SP ein:

1. Die Schweiz hat im Bereich Wissenschaft/Technologie eine ausgezeichnete Position: hervorragende Hochschulen, führende Technologie-Unternehmen und einen Spitzenplatz bei den Zukunftstechnologien «Nano» und «Bio». Angesichts des wirtschaftlichen Potenzials dieser Technologien ist es wichtig, diese Position zu halten und weiterzuentwickeln. Dabei ist die Wahrnehmung der Eigenverantwortung unverzichtbar: Forscher und Forscherinnen müssen Risiken frühzeitig erkennen, ethische Herausforderungen ernst nehmen und sozial- und umweltverträgliche Lösungen erarbeiten.
2. Die Menschen dürfen von der äusserst dynamischen Entwicklung im Bereich Wissenschaft/Technologie nicht überrollt werden, sondern mit ihr mithalten können. Das geht nur mit einem Bildungssystem, das die Erstausbildung mit lebenslanger Weiterbildung verknüpft.

3. Wer technologisch an der Spitze ist, muss auch bei der Risikofolge-Abschätzung eine führende Rolle spielen. Es ist auch eine Aufgabe der Politik, das Schadenspotenzial neuer Technologien zu erkennen und die schadensverhindernden Massnahmen zum Schutz der Menschenwürde und Nachhaltigkeit zu treffen. Es ist zudem eine wichtige Aufgabe der direkt Beteiligten und der Politik, Forschung und Entwicklung im Hinblick auf ihre Ethik-Verträglichkeit, ihre Umweltverträglichkeit und ihre Sozialverträglichkeit kritisch zu begleiten und ihnen allenfalls Grenzen zu setzen.
4. Spitzenforschung und ihre wirtschaftliche Verwertung vertiefen die Gräben zwischen den Industrieländern und der Dritten Welt. Die Schweiz muss sich innerhalb der Staatengemeinschaft für Massnahmen einsetzen, die solche Effekte kompensieren.
5. Die Beteiligung der Frauen an naturwissenschaftlicher Forschung und technischer Entwicklung ist noch viel zu gering. Das führt zu einseitigen Schwerpunktsetzungen und zur Vernachlässigung grosser wissenschaftlicher Potenziale. Dieses Ungleichgewicht darf politisch nicht länger hingenommen werden.

5. Mit Nachhaltigkeit der Ökonomie Grenzen setzen

a. Für einen nachhaltigen Umgang mit der Umwelt

Das heute vorherrschende Produktionsmodell übernutzt die biologische Kapazität der Erde. Die schlimmsten Folgen tragen jene, welche dazu am wenigsten beitragen. Politisch verantwortlich dafür sind in erster Linie die Industrieländer, in zweiter und zunehmender Linie die bevölkerungsreichen Schwellenländer. Die Konsequenzen dieser Übernutzung sind dramatisch: Erderwärmung und daraus folgende Klimaveränderungen, Luft- und Gewässerverschmutzungen, Zerstörung natürlicher Ressourcen, grossflächige Vergiftung von Böden durch Chemikalien, grossflächige Vernichtung von Wäldern, Reduktion der biologischen Artenvielfalt, Vertreibung von Menschen aus ihren unbewohnbar gewordenen Gebieten. Zu den Konsequenzen der Übernutzung werden in Zukunft internationale Konflikte gehören, vor allem der Kampf um Wasser.

Diese Entwicklung ist in ihren Ursachen, Erscheinungsformen und Auswirkungen global. Die Schweiz ist als Täterin und als Opfer Teil davon. Sie steht wie alle anderen Länder in der Verantwortung, diesen selbstzerstörerischen Entwicklungen Einhalt zu gebieten. Als Land, das pro Kopf weit überproportional zu den ökologischen Problemen beiträgt, steht sie sogar mehr als andere in der Verantwortung. Dies aber auch als Land, das in einigen Bereichen be-

wiesen hat, dass es einen anderen, nämlich nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen geben kann, wenn man ihn politisch will.

Dafür steht die SP ein:

1. Die Solidarität mit den Nachgeborenen erfordert ein entschlossenes Engagement für den Schutz der natürlichen Ressourcen und Lebensgrundlagen, damit kommende Generationen bessere Lebenschancen haben als die heute lebenden. Deshalb will die SP den ökologischen Umbau der Wirtschaft, einen international abgestimmten Klimaschutz mit ehrgeizigen Zielen, den Ausstieg aus der Atomenergie, umweltschonende Verkehrssysteme, eine biologische Landwirtschaft, die Ressourcen schonende Nutzung der Rohstoffe und eine ökologisch orientierte Raumplanung.
2. Der ökologische (und soziale) Umbau der Wirtschaft bildet eine grosse Chance, die genutzt werden muss. Ökologie und Ökonomie stehen in einem sozialdemokratischen Politikverständnis nicht im Widerspruch, weil nur mit Rücksicht auf Umwelt und Menschen ein nachhaltiges Wachstum möglich ist. Diese Neuorientierung schafft zahlreiche attraktive Arbeitsplätze, weil sie für innovative Unternehmen in den verschiedensten Branchen eine einmalige Gelegenheit birgt, sich mit neuen Produkten und Dienstleistungen in zukunftsweisenden Märkten zu positionieren.
3. Einer der wichtigsten Gründe für den unverantwortlichen Raubbau an der Natur ist ihre zu billige Verfügbarkeit beziehungsweise zu billige Zerstörbarkeit. Die SP vertritt deshalb den Grundsatz der Internalisierung der externen Kosten: Die Umweltzerstörung muss so teuer werden, dass umweltschonende Produktionsmethoden und Verhaltensweisen billiger sind.
4. Die Umweltverträglichkeit ist eine der drei massgebenden Nachhaltigkeitsdimensionen. Die SP setzt sich dafür ein, dass sie von der nationalen wie internationalen Politik zur Richtschnur von höchster Priorität befördert wird.
5. Die SP setzt sich für ein neues Bodenrecht ein, das der Bodenspekulation und der Abschöpfung einer Bodenrente, der keine Leistung gegenübersteht, den Riegel schiebt. Ebenso muss der verschwenderische Umgang mit dem Boden gestützt auf ein wirksames Raumplanungsgesetz gestoppt werden. Die Raumplanung sowie gezielte Fördermassnahmen namentlich des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus müssen dafür sorgen, dass ausreichend kostengünstiger Wohnraum zur Verfügung steht. Die SP setzt sich für die Rechte der Mieter und Mieterinnen und für eine sozial und ökologisch verantwortliche Haus- und Wohnungseigentümerschaft ein.
6. Die Wirtschaft muss im Dienste der Menschen stehen und nicht umgekehrt. Deshalb braucht es Indikatoren, welche die gesellschaftliche Ent-

wicklung ins Zentrum stellen und die Lebensqualität und Nachhaltigkeit messen. Wir wollen darauf hinarbeiten, dass das BIP als Mass aller Dinge abgelöst wird.

b. Für erneuerbare Energien und eine konsequente Klimapolitik

Die grösste Herausforderung an eine Politik der Nachhaltigkeit ist der Klimawandel. Dem exzessiven Ausstoss von Treibhausgasen und namentlich von CO₂ als Folge der Verbrennung fossiler Energieträger und der Zerstörung CO₂-schluckender Wälder ist Einhalt zu gebieten. Dieser Herausforderung ist nur durch koordinierte und entschiedene Massnahmen auf allen Stufen – lokal, regional, national und international – zu begegnen.

Dafür steht die SP ein:

1. Die SP startet eine Cleantech-Offensive mit dem Ziel, den Gesamtenergieverbrauch der Schweiz langfristig ausschliesslich aus erneuerbaren Energien zu decken. Als Zwischenziel soll er ab 2030 mindestens zur Hälfte aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Dies schafft Arbeitsplätze, erhöht die Lebensqualität, holt die Wertschöpfung und Gewinne von den Rohstoffkonzernen zu den Schweizer KMU zurück und sichert zukünftigen Generationen die Lebensgrundlagen.
2. Die Schweiz muss sich auch innerhalb der Staatengemeinschaft an vorderster Front für alle Massnahmen einsetzen, die den Ausstoss von Treibhausgasen aller Art reduzieren und die CO₂-Aufnahmekapazitäten der Natur vergrössern. Sie muss gleichzeitig im eigenen Land und schneller, als es international zu vereinbaren ist, den Klimaschutz vorantreiben.
3. Die bisherigen Hauptenergieträger Erdöl, Erdgas und Uran sind entweder extrem risikoreich oder extrem umweltschädlich. Ihre Vorräte gehen schnell zu Ende. Die Alternativen dazu sind bekannt, technologisch reif und marktfähig. Die Alternativen heissen effizientere Energienutzung und Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen (Sonne, Wind, Biomasse, Erdwärme). Die SP will eine Energiepolitik, die auf Atom- und Gaskraftwerke verzichtet, zu einer umweltverträglichen CO₂-Bilanz führt, die Abhängigkeit vom Ausland verringert, die Versorgungssicherheit erhöht und das in der Energieeffizienz und den erneuerbaren Energien steckende Beschäftigungspotenzial voll ausschöpft.

c. Die Nachhaltigkeit der Mobilität erhöhen

Die Schweiz hat ein System des öffentlichen Verkehrs von europaweit einmaliger Dichte und Qualität. In keinem anderen westeuropäischen Land ist der Marktanteil der Schiene im Güterverkehr höher. In der öffentlichen Diskussion

aber werden häufig die Kosten in den Vordergrund gerückt, der ökologische sowie der ökonomische Nutzen werden vernachlässigt. Ohne ein dichtes, effizientes und modernes Netz des öffentlichen Verkehrs wäre die Mobilität in der Schweiz nicht zu bewältigen. Ausserordentlich ist die Unterstützung durch die Bevölkerung, die sich in mehreren Volksabstimmungen gezeigt hat. Das Volk hat mehrfach bestätigt, dass es Ja sagt zu einer fortschrittlichen Verkehrspolitik, die den Verkehr auf die Schiene verlagert. Dank der guten und breit ausgebauten Bahninfrastrukturen wird ein nachhaltiger Beitrag für den Umweltschutz, die soziale Kohäsion und an die wirtschaftliche Prosperität der ganzen Schweiz geleistet. Substanzerhalt und der gezielte Ausbau der Infrastrukturen sind insbesondere aus folgenden Gründen unabdingbar: Auffangen der Verkehrsnachfrage, Alpenschutz, Klimaschutz, Lärmschutz. Diese Forderungen sind auch im Kontext einer nachhaltigen Raumplanung zu sehen. Mit einem Ausbau von Strassen werden Staus nicht beseitigt, im Gegenteil.

Dafür steht die SP ein:

1. Infrastrukturvorhaben des öffentlichen Verkehrs müssen verlässlich und langfristig finanziert werden. Die dafür geschaffenen Finanzierungsinstrumente (Fonds) sollen weitergeführt werden und auch den Substanzerhalt umfassen. Ausbauvorhaben dürfen nicht auf Kosten des Substanzerhalts gehen. Hinterlassen wir den kommenden Generationen marode Infrastrukturen, kommt das diese teuer zu stehen.
2. Lösungen im Verkehrsbereich müssen, insbesondere in Agglomerationen, zu weniger motorisiertem Individualverkehr, weniger Lärm und weniger Luftverschmutzung sowie zu mehr öffentlichem Raum und Sicherheit beitragen.
3. Die Verkehrspolitik muss so gestaltet werden, dass sie den Klimaschutz fördert und den CO₂-Ausstoss maximal reduziert. Nachhaltige Mobilität wird nur durch einen konsequenten und den Bedürfnissen angepassten Ausbau des öffentlichen Verkehrs sowie des Langsamverkehrs erzielt.
4. Für Güter die Bahn! Das Ziel der Verlagerungspolitik wurde im Alpenschutzartikel mit einer Verminderung der Lastwagenfahrten über die Alpen auf 650'000 pro Jahr festgelegt. Dieses Ziel hätte zwei Jahre nach Eröffnung des Lötschberg-Basistunnels erreicht werden sollen. Dies wurde klar verpasst. Am Ziel ist festzuhalten. Eines der wirksamsten Instrumente, dessen Einführung wir so rasch als möglich fordern, ist die Alpentransitbörse. Diese ist EU-konform umsetzbar.
5. Eine Erhöhung und konsequente Umsetzung von Sicherheitsmassnahmen und guten Arbeitsbedingungen im Schwerverkehr ist anzustreben. Dies schafft gleich lange Spiesse bezüglich Kosten und fördert die Kostenwahrheit.

Schlusswort – auf jeden einzelnen und jede einzelne kommt es an

Die Sozialdemokratie blickt auf eine lange Geschichte zurück. In der Schweiz erfolgte die Gründung der SP Schweiz 1888 vor dem Hintergrund der Industrialisierung und der Sozialen Frage. Dahinter standen zwei grosse soziale Bewegungen: Die Arbeiterbewegung, mit der die SP auch heute eng verbunden ist. Gleichzeitig war die Sozialdemokratie Teil der radikal-liberalen Bewegung. Diese trat damals für einen starken Staat ein, trieb die Modernisierung der Gesellschaft voran und förderte die soziale Gleichheit – namentlich über die allgemeine Volksbildung. Auch dieser Grundstein ist der SP bis heute erhalten geblieben.

Die Sozialdemokratie hielt an ihren Werten – Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität – stets fest. Jede Generation hat sich auf dieser Basis ihr Parteiprogramm von 1920, 1935, 1959 und 1982 geschaffen. Mit dem gesellschaftlichen Wandel und neuen internationalen Herausforderungen kommen Fragestellungen auf, die neue Antworten und neue Schwerpunktsetzungen benötigen. Stets steht aber das Interesse der kleinen und mittleren Einkommen im Zentrum, der Schutz der Schwachen. Gleichzeitig verteidigt die SP immer auch den liberalen und demokratischen Rechtsstaat.

Die schweizerische Sozialdemokratie hat in ihrer über 120-jährigen Geschichte viel erreicht: Massnahmen zum Schutz der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und zum Schutz der Konsumenten und Konsumentinnen gehen ebenso unmittelbar auf die SP zurück wie der Ausbau der Demokratie: die Einführung des proportionalen Wahlrechts oder das Stimm- und Wahlrecht für Frauen. Auch die Einführung der AHV und der weiteren Rechtsansprüche an den Sozialstaat sind Erfolge der SP, ebenso der Schutz der Umwelt, die Förderung des öffentlichen Verkehrs oder das Bewusstsein für eine nachhaltige Energie- und Raumplanungspolitik.

Neokonservatismus und Neoliberalismus stellen heute zahlreiche dieser Errungenschaften wieder in Frage. Ihr zentraler Motor ist die Globalisierung. Zwar profitiert die Schweizer Volkswirtschaft insgesamt von der Globalisierung. Der beschleunigte Anpassungsdruck überfordert aber zahlreiche Menschen. Gleichzeitig wächst die Gruppe der Globalisierungsverlierer und -verliererinnen auch bei uns an. Parallel nehmen Fremdenhass, Ausgrenzung und Sündenbockdenken zu. Das fordert die Sozialdemokratie ganz direkt heraus. Auch deshalb hat die SP Schweiz ihre programmatischen Grundlagen an die neuen Herausforderungen einer globalisierten Welt angepasst.

Das beste Parteiprogramm nützt nichts, wenn darüber nicht breit diskutiert und dieses nicht auf allen Stufen in politisches Handeln umgesetzt wird. Nur wenn Menschen ganz konkret etwas bewegen und Verantwortung übernehmen wollen, können wir unser Land bewegen. Nur wenn jeder und jede ein-

zeln sich für mehr soziale Gerechtigkeit und mehr und bessere Arbeitsplätze einsetzt, haben wir Erfolg.

Dieses Parteiprogramm bildet hierfür unsere gemeinsame Grundlage. Leben wir sie – zu Hause, am Arbeitsplatz, mit Kollegen und Kolleginnen, beim Unterschriften sammeln und im Wahlkampf, in der Sektion ebenso wie in gewählten Ämtern auf allen Ebenen – von der Gemeindekommission bis zum Bundesratsmitglied. Nur wenn wir uns gemeinsam – alle an ihrem Ort – für ein gemeinsames JA zum Aufbruch und JA zur Veränderung einsetzen, verändern wir die Gesellschaft in eine solidarische Richtung.

Dieses Parteiprogramm bildet dafür unser Fundament. Bauen wir darauf!

